

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 66, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 33 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089, 3. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergepaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Sammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 85.

Freitag, den 10 April 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Des Karfreitags wegen wird die nächste Nummer des „Lübecker Volksbote“ erst Sonnabend Nachmittag ausgegeben.

Christliche Arbeiterregeln.

Im Verlage des geschäftsführenden Zentrumsaplans Daßbach erschien vor Kurzem in zweiter Auflage ein für die christlichen Arbeiter bestimmter „Katechismus“. Damit sich unsere Leser selbst ein Urtheil über diesen sogenannten Arbeiter-Katechismus bilden können, geben wir hier einige Proben aus dem christlichen Nachwerke wieder:

Frage 35. Ist es eine schwere Sünde, Sozialdemokrat zu sein? Antwort: Ja! es ist eine schwere Sünde für den, der das eigentliche Wesen der Sozialdemokratie genau kennt. Denn erstens begeht der Sozialdemokrat durch seine Gottesleugnung eines der schwersten Verbrechen. Zweitens öffnet er, soviel an ihm liegt, allen übrigen Verbrechen Thür und Thor. Denn mit dem Leugnen Gottes, des höchsten Gesetzgebers, fällt die ganze Sittenordnung zusammen. Sobald es nämlich keinen Gott giebt, giebt es niemand mehr, welcher dem Gewissen verbieten könnte, zu lügen, zu morden, Unrecht zu treiben u. s. w. Denn auch die Gesetze des Staates könnten uns nicht zum Gehorsam verpflichten, wenn es keinen Gott gäbe, von welchem die Obrigkeiten ihre Vollmachten hätten. Daher ist die Sozialdemokratie ein Verbrechen im Großen. Drittens ist jeder, der sich an der Sozialdemokratie betheiligte, mit Schuld an dem unsäglichen Elend, welches die Sozialdemokratie, wenn sie zum Siege käme, über die ganze menschliche Gesellschaft bringen würde.

Frage 72. Soll der Staat diese Verbrechen (gegen die Religion) immer und in allen Fällen bestrafen? Antwort: Nein. Er soll die Bestrafung jener Verbrechen unterlassen, deren Bestrafung mehr Schaden als Nutzen würde. Es kann z. B. sein, daß die Bestrafung eines religiösen Verbrechens, z. B. der Verbreitung atheïstischer Lehren, den Verbrecher in den Augen vieler gleichsam als Märtyrer erscheinen ließe und so die Gemüther derart verhärtete, daß die verderblichen Lehren nur noch mehr um sich griffen. Das ist besonders der Fall, wenn das betreffende Gesetz als Ausnahmengesetz erscheint, wie z. B. das Sozialistengesetz. Dagegen wäre es sehr rathsam, daß der Staat die Verbreitung atheïstischer Grundsätze ganz allgemein bestrafe, nicht bloß, wenn sie von Sozialdemokraten, die meist Arbeiter sind, sondern ebenso auch, wenn sie von liberalen Redakteuren in den Zeitungen oder von ungläubigen Professoren auf dem Katheder oder von wem sonst immer geschieht.

Frage 95. Wie soll der Arbeiter in betreff des Umganges sorgen? Antwort: Er soll sorgen, daß die Mitglieder seiner Familie keinerlei Umgang haben mit schlechten Leuten, die keine Religion haben; er soll seine Kinder z. B. nicht mit Kindern von Sozialdemokraten spielen lassen, damit sie nicht von diesen und deren Eltern schlechte Dinge hören.

Frage 116. Wie soll der Arbeitgeber für das Wohl seiner Arbeiter sorgen? Antwort: Er soll für dasselbe sorgen, indem er z. B. keine Arbeiter duldet, welche den übrigen durch schlechte Reden, durch Verbreitung schlechter Schriften oder in anderer Weise eine Verführung wären zum Unglauben, zur Unsitlichkeit oder zur Sozialdemokratie.

Frage 128. Giebt es Fälle, in welchen der Arbeitgeber ohne Ungerechtigkeit einen geringeren Lohn zahlt, als den, von welchem der Arbeiter mit seiner Familie leben kann, d. h. als den Herstellungswert? Antwort: Ja. Solche Fälle treten ein, wenn durch außerordentliche Umstände, z. B. durch Arbeitslosigkeit der Arbeiter (Marktwerth) der Arbeit unter den Herstellungswert herabsinkt, d. h. wenn allgemein die Arbeit nicht so theuer bezahlt wird als nöthig ist, um dem Arbeiter den Lebensunterhalt zu verschaffen.

Frage 165. Was ist denn der Unternehmergewinn? Antwort: Er ist 1. ein Lohn für die Berechnung und die geistige Arbeit, welche der Unternehmer vornimmt; 2. eine Entschädigung für das Risiko, welchem der Unternehmer sich aussetzt.

Frage 177. Was versteht man unter der „kapitalistischen Produktionsweise“, welche die Sozialdemokraten durch Aufhebung des Privateigentums beseitigen wollen? Antwort: Man versteht darunter eine Erzeugung von Werth mittels eines Kapitals. So ist es „kapitalistische Produktion“, wenn man Aethe von seinem Hause oder Pacht von seinem Lande bezieht.

Frage 179. Aber wäre es nicht besser, wenn der Staat allein „kapitalistisch“ produzierte, als wenn Privatleute es thun? Antwort: Nein, denn es würde alsdann niemand

mehr ordentlich arbeiten wollen, wenn es ihm unmöglich gemacht würde, ein Kapital zu erwerben.

Frage 211. Ist ein Streik erlaubt? Antwort: Das hängt davon ab, ob man streift für eine Zeit, für welche sich die Arbeiter zur Arbeit verpflichtet hatten, oder für die Zeit nach abgelaufenem Arbeitsvertrag.

Frage 212. Ist ein Streik erlaubt, wenn die Arbeit erst nach Ablauf der vertragemäßig bedungenen Zeit, also z. B. unter Einhaltung der Kündigungsfrist, niedergelegt wird? Antwort: In diesem Falle kann er erlaubt sein. Doch kann er auch in diesem Falle unerlaubt sein, z. B. wenn durch denselben eine Erpressung geübt würde.

Frage 212. Wann wird durch den Streik eine Erpressung geübt? Antwort: Wenn die Arbeiter die Noth des Arbeitgebers missbrauchen, um irgend welche Vortheile, auf welche sie kein Recht haben, z. B. übermäßigen Lohn von ihm zu verlangen. Es kann nämlich nicht bloß von Seiten des Arbeitgebers, sondern auch von Seiten der Arbeiter Erpressung geübt werden. Geseht z. B. der Arbeitgeber hätte bestimmte Lieferungen übernommen, die er nicht einhalten könnte im Falle eines Streiks; geseht, die Arbeiter würden diese seine Verlegenheit benutzen, um übertrieben günstige Bedingungen von ihm zu erhalten, so wäre das eine Erpressung.

Frage 217. . . . Doch sogar in . . . Fällen, in denen keine Rechtspflicht gegen den Arbeitgeber verletzt wird, ist stets zu beachten, ob der Streik nicht wegen eines anderen begleitenden Umstandes unerlaubt wird, z. B. weil das öffentliche Wohl darunter leidet, weil der Arbeiter den Unterhalt seiner eigenen Familie gefährdet usw. Wie die Dinge im praktischen Leben liegen, wird es äußerst selten sein, daß ein Streik ohne zuvorige Kündigung erlaubt ist.

Das ist ein — christlicher Arbeiterkatechismus! Man sollte meinen, den christlichen Arbeitern müßte die Schamröthe und die Röthe des Hornes in's Gesicht steigen, wenn sie in diesem Nachwerk lesen, daß den Unternehmern nicht bloß das Recht gegeben wird, sondern ihnen sogar zur Pflicht gemacht wird, Sozialdemokraten zu mahregeln, Arbeiter ihrer Ueberzeugung wegen auf die Hungerliste zu setzen! Das ist so empörend, daß es seinen Eindruck selbst auf die noch im Bann des Materialismus laufenden Proletarier nicht vollständig verfehlen kann, sofern nur ein Gran eigenen Denkens und Urtheilens in ihrem Hirn ist!

Im übrigen zeigt das Nachwerk einen solchen Tiefstand in Form und Inhalt, daß einen des Volkes jammern kann, das mit solcher „geistiger Nahrung“ versehen wird und zufrieden ist. Der Abstand, der zwischen diesem kläglichen Produkt des Materialismus und den Agitationsbroschüren der Sozialdemokratie klafft, der zeigt am besten, auf wessen Seite die Götter der Kultur sind!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Zu dieser Materie erhalt die „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen, die auf einige nicht unwichtige Umstände hinweist. Die Bekanntmachung über die Aenderung des Wahlreglements schreibt vor, daß der Umschlag vom Wahlvorsteher ungeöffnet in die Wahlurne gelegt wird, und daß bei der Zählung nach Schluß der Wahl einer der Beisitzer die Umschläge zu öffnen hat. Daraus wäre zu schließen, daß der Wähler den Umschlag zu zerlegen soll. Wie nun der Korrespondent des genannten Blattes mittheilt, hat aber die Württembergische Regierung bereits Umschläge bestellt, die nicht mit Klebstoff versehen sind, also überhaupt nicht zugeklübt werden können. Zur schnellen und sichern Herstellung der Wahlurtheile, deren man rund 15—16 Millionen — einschließlich der Stichwahlen — bedarf, wird verlangt, daß diese Kuvetten in dem zumeist gebrauchten Format von 12 1/2 bis 15 1/2 Zentimeter hergestellt werden, da sonst die Fabriken der so rasch an sie herantretenden Aufgabe nicht gewachsen wären. Bedauert wird, daß die württembergische Regierung schon jetzt Umschläge in zu kleinem Format bestellt hat, ohne die Entschliebung des Reichstags abzuwarten. Aus alledem geht hervor, daß, wenn überhaupt die Wahlurtheile bei der bevorstehenden Wahl bereits in Funktion treten sollen, Eile noth thut. Die Freunde des Wahlgeschwindels werden jedenfalls eifrig am Werk sein, die Verabschiebung der Vorlage solange als möglich hinauszuschieben und so die ganze Vorlage zum Scheitern zu bringen suchen.

Die Stichwahlen sollen, wie die „Frankfurter Ztg.“ meldet, im ganzen Reich am 22. Juni stattfinden, d. h. 6 Tage nach der Hauptwahl. Bei einer so kurzen Fristbemessung würde es speziell in ländlichen Wahlkreisen, wo die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses allein 4 bis 5 Tage in Anspruch nimmt, nicht möglich sein, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen.

Der Beginn des Reichstagswahlrechts. In die- . . . Tagen ist häufig die Frage erörtert worden, ob die am 16. Juni 1878 geborenen Personen bei den nächsten Reichstagswahlen schon wahlberechtigt sind oder nicht. In dieser

Beziehung tritt nach dem seit den letzten allgemeinen Reichstagswahlen in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuch eine Aenderung ein. Am 16. Juni 1898 waren die am 16. Juni 1873 geborenen Personen noch nicht wahlberechtigt. Nach dem damals noch geltenden Recht wurde bei der Berechnung des Lebensalters der Tag der Geburt nicht mitgerechnet, und da der § 1 des Reichstagswahlgesetzes jeden Deutschen, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, für wahlberechtigt erklärt, so war diese Voraussetzung für die am 16. Juni 1873 Geborenen erst mit dem Ablauf des 16. Juni 1898 erreicht. Nunmehr kommt aber § 187 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Betracht, nach welchem, falls der Beginn eines Tages der für den Anfang einer Frist maßgebende Zeitpunkt ist, dieser Tag bei der Berechnung der Frist mitgerechnet wird. Es wird dann noch ausdrücklich hinzugefügt, daß dies auch bei der Berechnung des Lebensalters von dem Tage der Geburt gilt. Im ersten Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs war diese Frage im entgegengesetzten Sinne geregelt. Die zweite Kommission hielt es jedoch der Auffassung des Lebens für mehr entsprechend, ein Lebensjahr schon mit dem Ablaufe des dem Geburtsstage vorhergehenden Tages für vollendet anzusehen. Danach ist es nicht zweifelhaft, daß die am 16. Juni 1873 geborenen Personen bei den bevorstehenden Wahlen wahlberechtigt sind und in die Wählerlisten aufgenommen werden müssen.

Nur kein Konflikt. Diese Blüthe Bülow'scher Weisheit scheint auch für die Konservativen im Verkehr mit den Bündlern maßgebend zu sein. Wie die „Konservative Korrespondenz“, die nach und nach die Reden vom heimlichen Delegirtenkongress der Konservativen veröffentlicht, jetzt berichtet, hat Herr v. Röcher auf einer Konferenz gesagt: Wir wollen die Differenzen begraben sein und uns durch keine Maßnahmen des Bundes der Landwirthe reizen lassen zu Differenzen, auch wenn die schärfsten Sachen kommen — und es kommen sehr scharfe Sachen, die mir sehr unangenehm sind; ich habe aber beschlossen, mich nicht reizen zu lassen, sondern meinen Weg weiter zu gehen, selbst wenn eine so sehr scharfe Stellung gegen die konservative Partei eingenommen wird, wie es z. B. in einem Wahlkreise vorgekommen ist, wo dem von der konservativen Partei aufgestellten Kandidaten zugemuthet worden ist, fraktionslos zu bleiben, also als Abgeordneter nicht unter die Konservativen zu gehen. — Damit ist die Diktatur der Bündler offen proklamirt, heimlich bestand sie schon lange.

Wahlnachrichten. Daß das Wellenthum nicht viel mehr ist als eine Revolte des hannoverschen Adels, beweist am besten die Kandidatenliste der Gruppe. Sie hat 16 Kandidaten aufgestellt, von denen 2 bürgerlich sind. — Für Mainz stellte das Zentrum den Oberpostath Dr. König in Berlin als Kandidaten auf. — Die evangelischen Arbeitervereine der Städte G a m m, K a m e n und U n n a, sowie der ländlichen Ortschaften haben einstimmig den Beschluß gefaßt, bei der Reichstagswahl für den national-liberalen Kandidaten Ehrenamtmann Westermann, gegen den ernstlich nur der Zentrumskandidat in Frage kommt, einzutreten. Auffälligerweise hat das Zentrum noch keinen geeigneten Kandidaten für den Reichstag finden können. — Eine Konferenz der Delegirten der demokratischen, freisinnigen und national-liberalen Partei beschloß als gemeinsamen Kandidaten für den Wahlkreis A n s b a c h - S c h w a b a c h den demokratischen Landtagsabgeordneten R o e h l W ü r z b u r g aufzustellen. — Die Heiße Rechtepartei hat darauf verzichtet, in der bevorstehenden Wahlbewegung eigene Kandidaturen, die allerdings stets lebhaftig Wahlkandidaturen gewesen sind, aufzustellen, da diesmal nur „wirtschaftliche Fragen“ in Betracht kämen. — Der seitherige Vertreter H o b e n z o l l e r n s im Reichstage, Defan D u m i l l e r (Z.) in D i t r i c h, wollte aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnen, hat sich aber nachträglich zur Annahme der Kandidatur abermals bereit erklärt.

Eine Palastrevolution schwerer Art ist in der deutschen Botschaft in Washington ausgebrochen. Das gesamte Botschaftspersonal mit Ausnahme des neuen Botschafters und des unbeweihten Grafen Montgelas verlangt seine Versetzung, weil es zu Differenzen wegen der Antrittsbesuche der Frau des Botschafters gekommen ist. Es handelt sich also um einen durchaus „zeitgemäßen“ Konflikt, aus dem uns die erfrischende Luft des 20. Jahrhunderts in der erfreulichsten Deutlichkeit entgegneweht. Der neue Botschafter S p e c k v o n S t e r n b u r g ist mit einer Amerikanerin verheiratet. Diese wünscht, daß ihr nach der Sitte ihres Landes die Damen, die mit ihr gesellschaftlich verkehren wollen, den ersten Besuch machen, und so mußte ihr Mann die Antrittsbesuche bei dem Botschaftspersonal allein machen. Nicht nur das, er gab auch nur eine Karte ab als Zeichen, daß sein Besuch lediglich dem Herrn des Hauses gelte. Die ignorirten Damen berufen sich nun darauf, daß die deutsche Botschaft eben deutscher Boden sei, auf dem naturgemäß die deutsche Sitte herrsche, derzufolge der Anknüpfung, der auf gesellschaftlichen Verkehr rechnet, den ersten Besuch zu machen habe, um dadurch den Wunsch nach solchem Verkehr zu bekunden. Da nun aber die Frau Speck zu Sternburg nicht zu den Botschaftsdamen

und diese nicht zu der Frau Vosskasterin kamen, so kennt man sich gegenseitig nicht und beide Theile fühlen sich tief im Inneren gekränkt. Es scheint dem vielgewandten Leiter unserer Politik, dem Grafen Wilson, bisher nicht gelungen zu sein, einen Ausweg in diesem Konflikt zu finden und man muß ohne weiteres zugeben, daß die gewohnte Politik der „mittleren Linie“ vollständig versagt. In dem Streit um den Holländischen Posten des Reichskanzler allenfalls mit diesem Hilfsmittel auskommen, in dem Streit um die Etikette wird er damit täglich Schiffbruch erleiden und sich demgemäß schon um eine gründliche Lösung bemühen müssen. Bereits beginnen alldeutsche Organe lauwere Gesetze gegen diese neue Art der „amerikanischen Gefahr“ aufzufahren; sie beschweren sich darüber, daß wegen dieser Etikettenfrage das gesamte Vosskasterpersonal verlegt werden soll, und meinen:

Frau von Speck hat gründlich aufgeräumt. Solange wir eine Amerikanerin als erste Dame der deutschen Botschaft in Washington haben, wissen also die Damen der Botschaft, daß im Hause des deutschen Botschafters nicht deutsche, sondern amerikanische Sitte zu gelten hat. Die Frage der Antrittsbesuche war Frau v. Speck nicht zu gering, um ihren amerikanischen Nationalität durchzuführen und ihm das ganze Botschaftspersonal zum Opfer zu bringen. Wird sich nun nach solchen Opfern die amerikanische Gesinnung H. von Specks wenigstens für uns bezahlbar machen? Bis heute warten wir noch vergeblich darauf.

Der ganze Vorfall ist nicht geeignet, die Stellung der Deutschen Vertretung zu erhöhen; er zeigt nur, welche Kleinlichkeiten oft in der Politik eine Rolle spielen. Schließlich haben die Steuerzahler für den Rangstreit der Damen aufzukommen, da die Erneuerung des Botschaftspersonals selbstverständlich hohe Kosten verursacht.

Gegen die Ausweisungen aus Nordschleswig wendet sich Björnstrjerner Björnson in einem Artikel „Ueber Germanismus“ im „Berl. Tagebl.“, indem er warm für eine Annäherung der Völker germanischer Abstammung eintritt. Björnson weist darauf hin, daß die dänischen Bewohner Nordschleswigs verfolgt werden, wenn einer von ihnen wegen dänischer Sympathien verdächtigt wird. Man weise ihn dann entweder aus dem Lande, oder wenn man das nicht kann, seine Diener, oder wenn er keine solchen hat, die Diener seines Bruders. Man verbiete den dänisch Sprechenden, in ihren Sitzungen dänische oder norwegische Lieder zu singen. Man behellige sie in ihrem Verhalten zur Kirche, man verfolge sie, wenn sie Unterricht an einer dänischen Volksschule gesucht haben. Das „Berl. Tageblatt“ in seiner Glanzzeit bemerkt dazu, daß das System Räder in Nordschleswig nur noch in wenigen Ausläufern fortlebe. Das Blatt meint, „jezt nach dem Kopenhagener Friedensschluß zwischen dem dänischen Volke und Kaiser Wilhelm, als dem autorisirenden Vertreter des Deutschen Reiches, werden wohl bald die letzten Reste einer sogenannten „Rassentrennung“ verschwinden, die im Grunde nur Verbitterung schuf. Man wird auch auf dänischer Seite in Nordschleswig den Rückschlag der Kopenhagener Vorgänge sehr bald verspüren, und damit alles aus dem Wege räumen, was geeignet war, auf der deutschen Seite berechtigete Verstimnungen wachzurufen.“ Gleichzeitg wird offiziös gewarnt vor einer Ueberhöhung der politischen Bedeutung der Reise des Kaisers nach Kopenhagen.

Zum Thema der Soldatenmißhandlungen weist die „Demokr. Kor.“ auf die mannigfachen Ausläufer hin, die weder durch Strafe noch durch Beschwärze zu fassen sind. Sie schreibt darüber: „Täglich fallen aus deutschen Exzerzieren, sagen wir, unliebenswürdige Redewendungen, tagtäglich kommt es in den meisten Kasernen vor, daß ein Unteroffizier einem Untergebenen den oder jenen Dienstbetrieb handgreiflich klammern sucht. Man braucht dabei nicht an offensbare Schläge zu denken; es giebt Formen der „Nachhilfe“, z. B. beim Turnunterricht, wenn der „islappe Herr“ der dritten Truppkasse auf dem „Lauchbaum“ hängt, wie der Affe auf dem Schleißein“, die ganz raffinierte Ausläufer sind, ohne daß dem Peiniger in der meisten Fällen auf dem Beschwärzweg beizukommen wäre. Es giebt eine Art, dem „Schlecht angezogenen Soldaten“ den Heim „zurückzuführen“ oder dem Ungeheuer die Gewehrgriffe zu „korrigieren“, die von einer ungewissen Mißhandlung nur sehr gering entfernt ist. Das Besorgtesten, des Schwimmen, die Freiübungen, beispielsweise die endlose Laufbahn, oder das „Pumpen“ mit der Pistole, endlich das Kommando „Nieder!“, „Hinlegen!“, „Auf!“, „March, march!“, „Nieder!“, „Hinlegen!“, „Auf, march, march!“ in unangenehmer Wiederholung — alle diese schändlichen Lehren bieten Gelegenheit im Falle und Fälle, den Soldaten zu „strafen“, ihn zu mißhandeln, ohne daß der Genährte die Möglichkeit hätte, den Drückwörter zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei reden wir noch gar nicht von der Unmenschlichkeit von moralischen Strafmitteln, Zwangsübungen und Disziplinarmitteln, deren der nächste Soldat angezogen ist. Wehe ihm, wenn er sich die Unmenschlichkeit eines Vorgesetzten zuzugewogen hat, dessen Gerechtigkeitsempfindung weniger als die „Gewissenhaftigkeit“ entwickelt ist! Ihm kann die Hölle schier unendlich eingezogen werden. Morgens fängt die Kälte an, sie dauert den ganzen Tag und abends bis zur Schlafenszeit.“ — Strafe des Schlägens und Quälens dieser Art sind es, gegen welche die Soldaten wecheln sind, und die Furcht vor ihnen hält sie zurück von Beschwerden wegen wirklicher Mißhandlungen an. Deshalb sind auch Erlasse, wie der des Erbprinzen von Meiningen, nicht im geringsten geeignet, die Soldatenmißhandlungen aus der Welt zu schaffen. Das ganze System des Soldatenrechts muß geändert werden, wenn ein einigermaßen greifbarer Erfolg erzielt werden soll.

Gegen den Alkohol. Der kommandierende General des VI. Korps, Erbprinz von Sachsen-Meiningen, hat sich gegen den Alkohol Mißbrauch einen neuen Körpersatz erlassen. Es heißt darin: „Im Interesse des Ansehens wie des einzelnen Mannes halte ich es für durchaus notwendig, daß die Mannschaften des Infanterie Regiments ihrer Vorgesetzten eingehend darüber belehrt werden, wie der übermäßige Genuß von Alkohol sie nicht nur den Gefahren harter Bekämpfung aussetzt und sie unfähig zu ihrer Dienstverrichtung macht, sondern auch durch die fortgesetzte Vergiftung ihres Körpers für ihr ferneres Leben an Gesundheit und Erwerbsfähigkeit läßt. Einzuhalten sind es sich, die Belehrungen der Mannschaften über den schädlichen Einfluß des Alkohols auf den menschlichen Körper auch durch die Truppenübungen vornehmen zu lassen. Wenn ich auch weiß, daß es bei der weiten Verbreitung

der Alkoholsucht leider wohl nicht gelingen wird, die Mannschaften durchweg zu überzeugen und gänzlich vom Schnapstrinken abzubringen, so erwarte ich doch, daß nunmehr die Belehrungen und Verwarnungen dazu beitragen werden, die Straftaten, welche der Schnapsgenuß in so ungeheurer Zahl hervorruft, ganz erheblich zu verringern.“

Auch diese Hoffnung des Generals sieht ebenso wie die bezüglich der Militärmißhandlungen auf schwachen Füßen.

Kleine politische Nachrichten. Mehrere deutsche Beamte, die mit Polinnen verheiratet sind, und zwar hauptsächlich Eisenbahnbeamte, werden, nach dem „Hamou. Cour.“, spätestens bis zum 1. Juli aus Oprell nach Westfalen verlegt werden. — Das Kriegsgericht der 3. Division in Dresden verurtheilte Mittwoch den Leutnant Münzenberg vom 13. Infanterie-Regiment Nr. 148 in Kamenz wegen Fahnenflucht zu drei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. — Die türkische Regierung wurde vertraulich benachrichtigt, daß die mazedonischen Komitees Attentate gegen Militärdepots und die Plünderung von Waffendepots planen. Es wurden deshalb die strengsten Maßregeln angeordnet. — In Yokohama verlor, 20000 Russen seien bei Yentuang zusammengezogen. Yentuang beherrscht die Zugänge zum Jalufluß an der Nordgrenze von Korea.

Dänemark. Eine Umbildung des Ministeriums soll nach Kopenhagener Mitteilungen bevorstehen. Graf Frjs, der Führer der Freikonservativen, soll den jetzigen Konzeilspräsidenten und Minister des Äußeren Deunger ablösen.

Rußland. Einen neuen Pump, der in Paris bei den Rothschilds aufgenommen werden soll, plant Rußland. **Artillerie gegen Arbeiter.** Dieser Tage fand, wie offiziös gemeldet wird, ein großer Arbeiterkrach bei Nishnij Nowgorod und den umliegenden Fabriken statt. Da die Behörden keine Ruhe schaffen konnten, waren sie gezwungen, militärische Maßnahmen zu ergreifen. Es wurde Artillerie aufgeföhrt und direkt in die Massen hineingeföhrt. Es gab zahlreiche Opfer; man spricht von 30 Todten und gegen 100 Verwundeten. In der großen mechanischen Schußfabrik ist die Arbeit zur Zeit vollständig eingestell.

Oesterreich-Ungarn. Ein Streik der Straßenbahnbediensteten ist am Mittwoch Morgen plötzlich in Budapest ausgebrochen. Von 1200 Bediensteten freiten etwa 600 Wagenführer und Konduktoren. Der Streik wurde erklärt, nachdem die Direktion die Unterhandlungen abgelehnt hatte. Infolge dieses Streiks ist der Verkehr erheblich eingeschränkt und wurden die Fahrpreise reduziert. Die Gesellschaft beabsichtigt, die Streikenden zu entlassen. Die ersten Wagen wurden morgens unter Polizeibedeckung abgefahren, doch ist bisher keine Störung erfolgt. Mittags wurden Plakate der Streikenden angeschlagen, in denen das Publikum um Unterhukung der Bewegung „zum Schutze gegen die Tyrannei der Millioner“ erucht wird. Die Streikenden verlangen Regelung der Gehalts-, Pensions- und Dienstfragen.

Italien. Der allgemeine Ausstand in Rom ist nun doch ausgebrochen. Es freiten bereits die Drochfenkutscher, Straßenbahner, Bäcker, Fleischer, Markthelfer, Glajer, Schuhmacher, Mantel, Laternenanzünder und Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten, so daß die Stadt ein feiertägliches Aussehen hat. Fast alle Läden sind halb geschlossen. Patrouillen von Gendarmen und Polizei durchziehen die Stadt, die aber ganz ruhig ist. Nur an der Garibaldi-Brücke kam es zu kleinen Kavallerieatouden, da die Streikenden zu einem verbotenen Meeting in Trachevere ziehen wollten. Die zurückgetriebene Menge wollte auf dem Corso Vittorio Emanuele einen von städtischen Beamten geföhrt Tramwagen anhalten, wurde aber durch Infanterie verjagt. Die Straßen, in denen sich Druckerien befinden, sind durch Truppenordons abgeperrt.

Frankreich. Die Wiederaufröhlung der Drehfuß-Affaire durch James hat zunächst, wie der bereits gestern mitgetheilte Beschluß der Kammer beweist, ihren Zweck nicht erreicht; denn die verfassungsmäßige Verfassunggebung für die Regierung enthält eine direkte Aufforderung zu einer neuen Untersuchung des Falles nicht. Die Regierung war, wie aus der Rede des Kriegsminister A. dre hervorging, dazu bereit, umgte aber selbstverständlich den größeren Werth darauf legen, die Mehrheit der Kammer hinter sich zu wissen. Was nun wird, bleibt abzuwarten.

Holland. Der Kampf um das Koalitionsrecht. Während sich die einflussreichen Telegraphenbureaus abmühen, tagtäglich ein Nepluen der Streikbewegung festzuhalten, weiß die unabhüngige Presse zu berichten, daß der Staat immer größeren Unsegen annimmt; so freiten, nach der „Frankf. Ztg.“, in Rotterdam allein 90 Prozent der Eisenbahner; auch die Metallarbeiter bejöhnten, im Auslande zu verharren. James bejöhnte die Arbeiter der sechs städtischen Dienstzweige in Amsterdam, sich mit den Pfasterarbeitern solidarisch zu erklären, die entlassen wurden, als sie sich weigerten, Material zu verarbeiten, das von Streikbrechern herangebracht worden war. Den besten Gradmesser für die Stärke des Strafs bietet aber der Umstand, daß die Eisenbahnstationen des Ruhrbezirktes keine Kohlenzuföhren mehr nach den Niederlanden annehmen. Es sind deshalb einfach taute Plakate, wenn offiziös behauptet wird, 80 Prozent des Eisenbahnpersonals haben sich bereit erklärt, die Arbeit wieder anzunehmen. Wie übrigens dieser Parteivororg „Het Volk“ verhandelt hat das Schuttsmittee der Arbeiter ebenfalls bejöhnt, den Streik für alle Gewerbe und für das ganze Land zu proklamieren. Ohne Zweifel wird diese Parole befolgt werden, weshalb der Streik noch an Ausdehnung beizuföhren wird.

Während die Arbeiterschaft für ihr Recht kämpft, nimmt die Berathung der Streikgesetze in der Kammer ihren Fortgang. Dießmal bekämpfte Genosse Treseftra in derzweihundertstündiger Rede die Gesetze, und Mittwoch ist Genosse Schaper, unter Hinweis auf die großen Strafs in Lande, vor, wegen Ungeheuerlichkeit die

Berathung der Gesetzentwürfe aufzuschieben. Sein entsprechender Antrag wurde jedoch von der Mehrheit, der sich auch die Radikalen angeschlossen, gegen die sechs sozialdemokratischen Stimmen verworfen. Schließlich wurde sogar der erste Artikel der Streikvorlage angenommen. Danach wird Streikpostenleben mit einem Monat Gefängnis bestraft. Ein Amendement des Freisinnigen Demokraten Marchand, daß die Strafe auf acht Tage mildern sollte, wurde mit 67 gegen 7 Stimmen verworfen.

Das Bureau der sozialistischen Partei giebt bekannt, daß der Kongress der Partei, welcher zu Ostern in Enschede stattfinden sollte, einstweilen verschoben sei.

Der internationale sozialistische Ausschuss in Brüssel, worin Delegirte aus allen Ländern Europas sich und Stimme haben, ist, nach einer Wolffschen Drahtung, bringend zusammenberufen zur Konferenz über den holländischen Generalstreik. Die Konferenz wird noch in dieser Woche in Brüssel stattfinden.

Spanien. Neue Auhestörungen, bei denen einige Personen verwundet und mehrere verhaftet wurden, fanden in der Nacht zum Mittwoch abermals in Saragossa statt. In Burgos haben die Studenten eine Kundgebung veranstaltet, um gegen die Vorgänge in Salamanca und Madrid zu protestieren, und Steine gegen das Gebäude der Maristen geschleudert. Die „Ordnung“ wurde alsbald wieder hergestellt.

Serbien. Infolge des Staatsstreikes erschien Mittwoch kein oppositionelles Blatt. Die regierungsfreundlichen Zeitungen besprechen aber mit keinem Worte die Umwälzung. Nach dem nun geltenden Pressegesetz sollen politische Blätter eine Kaution von 5000 Franken erlegen; der Redakteur muß eine besondere Bildung nachweisen.

Marokko. Die Wirren. Zuflucht bei Spanien sucht das marokkanische Sultanheer, das zur „Bückigung der Rebellen“ ausgesandt war. Aus Tanger wird darüber bejöhnt: Der Kommandant der marokkanischen Truppen im Rifgebiet, Muley Amrani, hat sich vor den Truppen Bu Hamara nach Melilla geflüchtet. Bu Hamara entsandte einen Parlamentär nach Melilla und forderte den spanischen Gouverneur von Melilla auf, Muley Amrani nicht aufzunehmen. Der Gouverneur ließ ihm antworten, er werde ihn, wenn er auf spanisches Gebiet komme, mit Flintenschüssen empfangen. — Wird nun Spanien die Sultanstruppen entlassen? Kriegesrüftung kann es sie doch auf seinem Grund und Boden nicht dulden. Die Frage wird komplizirt. Aber nicht allein den Sultanstruppen selbst, auch seinen Verbündeten ergeht es schlecht. Nach einer Depesche aus Lalla Marnia haben nämlich am letzten Sonntag die Beni Bureguu und Sebcha, welche auf Seiten des Prätendenten stehen, El Hadich Mohamed el Bachir, den Anführer der dem Sultan treuen Beni Jnaassen, angegriffen. Die Beni Jnaassen wurden geschlagen und das Haus ihres Anführers zerstört. Dieser selbst erlich in aller Eile zu dem Anführer eines benachbarten Stammes.

Vereinigte Staaten. Ein sozialistischer Bürgermeister ist, nach einer Meldung des „Wolffschen Bureaus“ aus New York, in Unacoda, im Staate Montana, gewählt worden. Im Uebrigen ergaben die lokalen Wahlen im Westen keine Parteiveränderungen. Ein großer Bauhandwerkerstreik — es kommen 60000 Arbeiter in Betracht, — droht Ende dieses Monats in New York auszubrechen, falls die Lohnforderungen nicht bewilligt werden.

Donnerstag, den 9. April.

Schleicht die Phalanx in dichten Reihen! Nur noch reichlich neun Wochen trennen uns von dem Tage, wo in Deutschland die Würfel über die politische Zukunft des deutschen Reiches fallen werden. Das deutsche Volk hat darüber zu entscheiden, ob es noch fernernhin diejenigen Leute in den Reichstag entsenden will, welche dem Volke unter Zuhülfenahme von Staatsstreichen und brutalen Bergewaltigungen die notwendigen Lebensmittel, für die heute schon ein ziemlich hoher Preis gezahlt werden muß, noch mehr vertheuert haben und die, falls sie abermals die Majorität im Reichstage erhalten werden, nicht vor einer großen Verschlechterung, wenn nicht gar einem Raub des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zurückzuführen werden. Es steht also bei den kommenden Wahlen neben der Belastung des Volkes durch neue Militär- und Marinevorlagen das Wahlrecht auf dem Spiele. Schon dieser Umstand muß jeden rechtlich denkenden Menschen, jeden Volkstfreund veranlassen, mit allen Kräften auf den Sturz der Brodmacher und Staatsstreicherliche Mehrheit hinzuwirken. Bietet doch das Wahlrecht die einzige Gelegenheit, wo das schwer bedrängte Volk durch seinen Stimmzettel seinem geprechten Herzen Luft machen kann. Raubt oder beschneidet man ihm diese Gelegenheit, dann drängt man das Volk auf einen Weg, der auch den Machthabern nicht angenehm sein dürfte. — Deshalb ist es notwendig, daß jeder Genosse in den kommenden Wochen seine Pflicht erfüllt und jede Gelegenheit benützt, um seine Freunde, Nachbarn, Mitarbeiter u. über das auszuklären, was sie zu thun haben. In dieser Werberarbeit bietet sich uns in den kommenden Feiertagen reichliche Gelegenheit. Mancher Genosse geht dann aufs Land, reist zu Verwandten, um sich hier von der Arbeit Last und Mühen zu erholen. Möge er diese Gelegenheit zur Agitation nicht unbenußt vorübergehen lassen, möge er auch in den Stunden des Vergnügens niemals vergessen, daß er ein Sozialdemokrat ist, der ständig für seine Ideen agitieren muß!

Doch noch nach einer anderen Richtung hin müssen unsere Genossen auch während der Osterfeiertage ihre Pflicht erfüllen. Sie wissen, daß zum bevorstehenden Kampfe Geld, viel Geld gehört. Deshalb haben ja auch unsere heiligsten Genossen, zum nicht geringen Aerger des Artsblattes, ihre thatkräftige finanzielle Unterstützung zugesichert. Mögen die Genossen auch in Bezug hierauf, wenn sie Ostern im Verwandten- und Freundeskreise weilen, durch Arrangirung kleiner Sammlungen oder Spiele resp. Auktionen zur Stärkung des Wahlfonds beitragen. Zwar mag es ja für manchen Arbeiter, der vielleicht mehrere Monate hindurch unfreiwillig hat feiern müssen, schwer fallen, ein Scherlein mit

zum Kampfe beizutragen. Dennoch aber wissen wir, daß wir nicht vergebens an den bewährten Opfern unserer Genossen appelliert haben. Wenn es sich um die Beschaffung von Munition handelt, dann sind wir alle auf dem Posten und bringen Summen auf, die den Reiz des Amtsbetriebes und seiner geistesverwandten Prekorgane hervorruft.

Nach den Festtagen wird dann die intensivste Wahlarbeit beginnen. Und hier möchten wir gerade bei dieser Gelegenheit an unsere Lübecker Genossen in Stadt und Land die Mahnung richten, sich Mann für Mann an der Wahlarbeit zu beteiligen. Es handelt sich für uns nicht nur darum, daß Genosse Schwarz gewählt wird, sondern darum, daß unsere Stimmenzahl eine ganz erhebliche, selbst unsere kühnsten Erwartungen übersteigende Zunahme erhält. Seitens unserer Gegner wird, dessen können wir ganz sicher sein, mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen uns gearbeitet. Zwar ist es ja sehr fraglich, ob Nationalliberale und freie Volkspartei zusammen oder allein vorgehen. Immerhin aber wird der Wahlkampf hier ein heißer werden. Da muß jeder Genosse seinen Mann stellen. Je höher uns umrauscht die Fluth, je mehr mit der Wegeist'ung Gluth dem heil'gen Kampfe wir uns weihen! Dieser herrlichen Worte wollen wir uns erinnern, wenn die Wogen des Wahlkampfes uns umtosen!

Doch die hiesige Sozialdemokratie hat in den nächsten Wochen noch einen anderen Kampf auszufechten — den der Bürgerchaftswahlen. Auch hier heißt es, ohne Unterlaß zu arbeiten, damit die Lübecker Sozialdemokratie nach Beendigung dieser Wahlen mit Stolz auf Erfolg — und seien es auch nur moralische — zurückblicken kann. Unsere Gegner sind hier bereits an der Arbeit, um einen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Die Furcht vor dieser läßt sie zu den verächtlichsten Mitteln greifen. So reunen jetzt eifrige Werber des Vaterstädtischen Vereins Trepp auf, Trepp ab, um für ihre Sache Propaganda zu machen und neue Mitglieder für ihren Verein zu gewinnen. Daß sie hierbei selbst Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins zum Beitritt veranlassen wollen, ist allerdings zum Lachen. Da die Herren laut einer ihnen aufgestellten Weisung bei denjenigen, welche dem Verein nicht beitreten wollen, thuylichst den Grund der Weigerung ermitteln sollen, so wäre es interessant, wenn man in diesem Falle einmal die Angabe des Grundes erfahren könnte. Die Herren Werber könnten sich übrigens bei denjenigen Leuten, welche noch ein geringes Bruchtheil von politischer Ueberzeugung besitzen, ruhig den Weg sparen, diese werden sie niemals für ihren Verein gewinnen. — Die Genossen aber ersehen hieraus, daß unsere Gegner bereits frätig agitieren. Deshalb haben sie auch in puncto Bürgerchaftswahlen alle Kräfte anzuspinnen, damit der Wunsch des Wahlrechtsvorlagenverteidigers Dr. Görtz, daß auch einige Sozialdemokraten in die Bürgerchaft gewählt würden, in Erfüllung geht.

So bieten uns also die kommenden Wochen Gelegenheit, unsere ganzen Kräfte in den Dienst des Sozialismus zu stellen. Jeder Parteigenosse wird sich freudig der Arbeit unterziehen, die die Pflicht ihm auferlegt. Mancher junge Genosse wird seine Feuerprobe zu bestehen haben. Sie alle aber sind auf dem Posten, um der reaktionären Mehrheit im Reich und in der Kommune empfindliche Schläppen zu bereiten. **Trotz Sozialistenpiegel, trotz aller Schanzmachereien des Amtsbetriebes und aller Machinationen unserer Gegner wird unser der Sieg sein. Trotz alledem!**

Zum Streik der Steinseher. Seitens der Streikenden eingeleitete Unterhandlungen mit den Meistern haben, nachdem beide Parteien gestern Abend zusammengekommen waren, leider zu keinem Resultat geführt. Hoffentlich aber siegt bei den Meistern schließlich doch noch die Vernunft!

Als Zählkandidaten zur Reichstagswahl stellte der Verein der Bewohner des hiesigen Landgebiets den Leutchen aller Leutchen, Liebermann von Sonnenberg, auf. Heil!

151 neue Bürger sind gestern vom Senat beedigt worden.

Zur Lohnbewegung der Töpfer. Auf Grund eingeleiteter Unterhandlungen erzielten die Töpfer für die Nordarbeit einen Lohnaufschlag von 5 Proz. und außerdem eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pfg. Dieser neue Tarif ist zunächst auf 1 Jahr, bis zum 1. April 1904 abgeschlossen. Ein gutes Resultat!

Ein Buchladergangtag findet am Ostermontag, 11/4 Uhr, im Vereinshause statt. Es werden Delegierte aus Hamburg, Altona, Kiel, Flensburg, Rostock, Schwerin und Lübeck erscheinen.

Achtung, Arbeiter! Mit Rücksicht auf die brutalen Vergewaltigungen des „Norddeutschen Lloyd“ erachtet das Gewerkschaftsamt von Bremerhaven auf das dringendste, daß alle reisenden Kollegen sämmtlicher Gewerkschaften Bremerhafens, Geestemünde, Lehe und Umgegend meiden!

Veränderung der Wahlbezirke zu den Bürgerchaftswahlen. Infolge der Eingemeindung eines Theiles der Landgemeinde Borwerk ist im zweiten und achten Wahlbezirk eine Verschiebung der Bevölkerungsziffer eingetreten. Es haben nunmehr nach einer Verordnung des Senats künftig der zweite Wahlbezirk mit 21.049 Seelen 26 und der achte Wahlbezirk mit 1979 Seelen zwei Vertreter zu wählen.

Ihr laßt den Armen schuldig werden! Der bereits

14 Wochen unfreiwillig feiernden Werftarbeiter B. hatte in Gemeinschaft mit seinem Schwager K. etwa vier oder fünf Mal von dem Havemann'schen Holzplatz einige Brettlstücke entwendet, damit seine aus Frau und 6 Kindern bestehende Familie während der bitteren Kälte sich wenigstens etwas wärmen konnte. Doch das Auge des Gesetzes wacht, und so schleppte man die beiden um das Wohl ihrer Familie besorgten Männer, sowie die Frau B. auf die Anklagebank, wo sich die beiden erkeren wegen Diebstahls, letztere wegen Fehlerci zu verantworten hatten. Das Gericht verurtheilte die beiden Arbeiter zu je zwei Wochen und die Frau zu einem Tag Gefängniß. — Es ist fürwahr eine herrliche Gesellschaftsordnung, die wir haben! Zuerst läßt sie einen Menschen in der bittersten Kälte frieren, indem sie ihnen keine Arbeit verschafft, und wenn er dann, um nicht zu erkeren, sich etwas Holz aneignet, dann wirft sie ihn kraft des Gesetzes 2 Wochen lang in das Gefängniß. Und da wundert man sich, wenn die Zahl derjenigen, die solche anarchische „Ordnung“ durch eine vernünftgemäße ersetzen wollen, eine immer größere wird.

Kontrollversammlung. Am Sonnabend 9 Uhr haben sich die Mannschaften der Infanterie, Jahrestklasse 1894 und um 11 Uhr die der Jahrestklasse 1893 zu melden.

Parteilosen! Gewährt das Bürgerrecht!

Stadttheater. Aus der Kanzlei schreibt man uns: Charfreitag bleibt das Theater geschlossen. Sonnabend wird Signorina Reposti, die bei uns stets mit Freuden begrüßt Gastin, in „Lucia von Lammermoor“ und „Cavalleria rusticana“ gastieren, zwei Opern, in denen sich Fräulein Reposti dem Lübecker Publikum noch nicht vorgestellt hat. Ein weiteres Gastspiel der Künstlerin findet nicht statt.

Bzug von Steinsehern, Rammern und Hülsarbeitern nach Lübeck ist fernzuhalten!

Vom Bürgerauschuß. In der gestrigen Sitzung wurde die Senatsvorlage, betr. Abänderung des Bauungsplans für die Vorstädte einer fünf-gliedrigen Kommission überwiesen. Die Vorlage, betr. Festlegung der Bauaufsichtlinien für den zwischen Wählens- und Hundestraße belegenen Theil der Königstraße, durch welche eine Verbreiterung der gen. Straße erzielt werden soll, wurde der Bürgerchaft zur Mitgenehmigung empfohlen.

Schwartau. Eine öffentliche Wählerversammlung fand Dienstag Abend im „Gasthof Transvaal“ statt. Genosse Landtagsabgeordneter Paul Hug-Bant sprach über die kommenden Reichstagswahlen und stellte sich den Wählern vor. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen unseres Genossen. — Am Mittwoch Abend stellte sich Genosse Hug in Hataka in einer gleichfalls gutbesuchten Versammlung als Kandidat vor. Die Stimmung im Fürstenthum ist eine gute!

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Differenzen der Schneider mit der Firma Büsing u. Jeyn in Hamburg sind beigelegt. Die Forderungen der Arbeiter wurden voll bewilligt. — Eingeleitete Unterhandlungen zwischen Maurern und Arbeitgebern in Brunsbüttel zerschlugen sich. Der Streik dauert fort. — Die Bremer Klemperer beschloßen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen. — Die Bewegung der Tapezierer und Sattler in Bant-Wilhelmshaven ist durch gütliche Vereinbarung beendet worden. Die Prinzipale erkannten die Forderungen der Gehilfen durchweg an.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg verunglückte beim Radfahren der Nennfahrer Köppler tödtlich. — Ein schrecklicher Selbstmord ist in Hamburg zu verzeichnen. Dort erdroßelte sich eine Dame mit einem leibendem Taschentuch halb, schnitt sich dann mit einem Messer die Pulsadern beider Hände auf und sprang sodann mit einem gellenden Schrei in den Lichtofen hinab; sie blieb dort in ihrem Blute liegen. Die Frau war bald eine Leiche. Das Motiv ist unbekannt. — Auf der Strecke Hamburg-Büsum stürzte ein Knabe aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge. Der Knabe ist tödtlich verletzt. — Mit dem Kopfe im Wasser liegend wurde in Stieten bei Sternberg an einem Grabensteg der an epileptischen Anfällen leidende Hofgänger B. tödt aufgefunden. Man nimmt an, daß B. von einem Besuche bei seinen Eltern in Turlorf zurückkehrend, als er den Steg überschritt, wieder von einem Anfall betroffen wurde und so seinen Tod fand.

Flensburg. Ein Redakteur ist doch kein Duellmörder. Die „Flensb. Nachr.“ melden: „Ab-schlägig beschieden ist ein Gnadengeuch des Redakteurs Simonson vom „Flensborg Avis“, welcher bekanntlich von der hiesigen Strafkammer wegen Beleidigung des Kieler Oberlandesgerichts zu 1 Jahr Gefängniß und wegen Beleidigung des Komites für die Knisbergfeste zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, welche Strafe er zur Zeit im Gefängniß zu Glückstadt verbüßt.“ — Auf Grund genauer Information kann die „Schl.-H. B.-Z.“ mittheilen, daß S. kein Gnadengeuch eingereicht hat. Er beantragte, seine 21 monatige Gefängnißstrafe in Festungshaft umzuwandeln. Dieser Antrag wurde abschlägig beschieden. Gätte S. einen Menschen im Duell erschossen, dann wäre seinem Geuch entsprochen worden. So aber ist es etwas ganz anderes!

Odenburg. Die acht tägige Lohnzahlung für die Werktätigen der Eisenbahn ist auf eine Anregung unserer Genossen im odenburgischen Landtage nunmehr auch in Odenburg allgemein eingeführt worden. Abweichend von der sonst üblichen Lohnzahlung am Sonnabend wird auf der Eisenbahnwerkstatt jetzt jeden Freitag der Lohn gezahlt.

Lübecker Stadttheater.

Die Königin von Saba, große Oper in 4 Akten von Karl Goldmark. Zum Benefiz für den ersten Kapellmeister unseres Theaters, Herrn Joseph Trummer, wurde Dienstag Goldmarks „Königin von Saba“ aufgeführt. Goldmark ist zwar kein Großer, kein Himmelsstürmer im Reiche der Töne, aber ein blühender Arbeiter. Seine Behandlung des Orchesters legt davon besonders rühmliches Zeugniß ab, weshalb man auch seine an sich nur geringe Erfindungsgabe gern und willig mit in den Kauf nimmt, um so mehr, als die „Königin von Saba“ seine erste Oper war, deren Erfolg er später niemals, weder in seinem „Merlin“ noch auch in seinem auch in Lübeck aufgeführten „Geimchen am Herd“, wieder erreicht hat. Die Aufführung, welche die Oper fand, war im Großen und Ganzen als gelungen zu betrachten; nur im letzten Akte, der in der Wüste spielt, haperte es in mancher Beziehung. Hier, wo mit einfachen, schlichten Mitteln so viel gesagt werden soll, verjagte die Kraft unseres Theaters, das zur Zeit viel zu viel bestrahlt ist, den Ton auf das rein Neuzerlich-Decorative zu legen. Die Titelrolle sang Mela Kurt. Stimmlich gut disponirt, verkörperte sie die Königin in bester Weise, wobei sie nur den Fehler beging, das Hoheitvolle an der Königin zu sehr hervorzutreiben, und die tiefe Liebesgluth, von der diese besessen ist, zu vernachlässigen. Die anstrengende Rolle der Sulamith sang Elise Gode; sie war gesanglich so gut, wie man nur je wünschen konnte. Nicht weniger gut schnitt Julius Brischke ab, der den dämonischen Assad geradezu hervorragend gab. König Salomo lag in Franz Franks berühmten Händen, während Adolf Scholz als Hohepriester uns etwas zu lau war. Wie üblich, war der Benefiziant, als Leiter der Vorstellung, der Gegenstand mehrfacher Auszeichnungen.

Neue Nachrichten.

Gleitisch. 7 Opfer. Von den bei dem Grubenunglück in der Antonienhütte verletzten 8 Bergleuten sind bereits sieben gestorben.

Berlin. Ein Liebesdrama in der Kaserne. Der Leutnant von Cranach von der 6. Kompagnie des 4. Garderegiments erschog in der Kaserne seine Geliebte, eine 19jährige Buchdruckerin, und sich selbst. Der Leutnant war auf der Stelle todt, während das Mädchen mit sehr schweren Verwundungen darniederlag. — Wegen gewerksmäßigen Wuchers in 6 Fällen verurtheilte die Strafkammer nach mehrtägiger Verhandlung den Kaufmann Parisier zu 2 Jahren Gefängniß, 10.000 Mark Geldstrafe und fünfjährigem Ehrverlust. Außerdem wurde seine sofortige Verhaftung beschlossen. Der Staatsanwalt hatte auch 2 Jahre Gefängniß beantragt.

Dortmund. Zwei Wilderer erschossen. Im benachbarten hiesigen Gemeindefeld stieß ein Förster auf eine Anzahl Wilderer. Es kam zu einem Kampfe; zwei der Wilder wurden erschossen.

Mürnberg. Mord. Im Borort Bleiweishof wurde Mittwoch die 76 Jahre alte ledige Händlerin Babette Hof in ihrer verschlossenen Wohnung erschlagen aufgefunden. Die Mordwaffe lag neben der furchtbar verstümmelten Leiche. Ein Spatäffenbuch fehlt. Der Mörder ist noch unbekannt.

Dreit. Antiklerikale Demonstration. Das Schwurgericht verhandelte in einer Strafsache gegen einen Schulbruder. Der Angeklagte wurde freigesprochen, worauf ungefähr 3000 Arbeiter vor dem Hause der Schulbrüder eine Kundgebung veranstalteten und die Fenster des Gebäudes einwarfen. Die Menge wurde von der Polizei auseinandergetrieben.

New York. Ein Theil der Bahnlinie der Südpazifikbahn an der nördlichen Seite des großen Salzsees in Utah beginnt im Flugland zu versinken, welcher sich erst kürzlich unerwartet gebildet hat. 300 Arbeiter, die die Bahnstrecke reparieren sollten, haben bereits ihr Leben verloren, da eine Rettung unmöglich war. Sämtliche 10 bis 15 Meilen der Bahnstrecke sind vollständig verschwunden. Die Arbeiter weigern sich, nach dem Unfall dort zu arbeiten, jedoch die ganze Strecke in der Nähe des Sees, deren Bau 16 Millionen Mark gekostet hat, aufgegeben und ein großer Umweg einige Meilen nördlich gebaut werden muß.

Flensburger Marktpreise vom 8. April.
Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk., Hasen Stk. — Mk., Enten Stk. 3,50 Mk., Gähner Stk. 2,00 Mk., Küken Stk. — Mk., Tauben Stk. 0,50 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Fildgans — Mk., Schweinekopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,85 Mk., Würst Pfd. 1,20 Mk., Eier 11 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1.— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Sechte Pfd. 60 Pfg., Bartche Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,90 Mk.

Sternschanz-Str. 20.
Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 1000 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Verkaufschweine, schwere 48—50 Mk., leichte 50—52 Mk., Sauen 42—46 Mk. und Ferkel 47—51 Mk. pro 100 Pfund.

Für einen jungen Mann ein gutes Logis mit voller Pension
An der Mauer 41 a, Ecke Weberstraße.
Zimmer f. 1 ob. 2 junge Leute m. v. Kostg. verm., per Woche 9—9,50 Mk., daselbst Mittags-tisch Weiskoffstraße 51, p.
Mehrere Schuhmachergesellen werden gesucht.
August Löffler, Hüterdamm 10.
Zum 1. Mai ein sauberes tüchtiges Mädchen für alle häuslichen Arbeiten Mühlentstraße 8.
Ein unterhaltenes Fahrrad für 65 Mk. und ein f. u. Sopha zu verk. Chajotstraße 12, 1. Etage.
5 u. 8 Woch. alte Ferkel zu verkaufen
Freyer, Stokkelsdorf.

BALL der Stokkelsdorfer Schweinegilde

am 2. Ostertag

im Lokale des Herrn F. L. Paetau, Fackenburg.
Anfang 6 Uhr. Ende Morgens. Der Vorstand.
Es ladet freundlich ein.
Zu verkaufen eine guterhaltene Kommode
Preis 6 Mark Brüderstr. 5, 2 Etage.
Zu verkaufen **Pflanzkartoffel, Hamburger Eierkartoffel u. 1 Kinder-Klappstuhl** Warendorferstraße 10.
Lange Spargelkartoffeln zu verkaufen Münchhofweg 14.
Durch Zu'all feine neue Herrcenzüge in allen Größen unter Preis Obertraße 10, 2. Thür links.
Zum Abschluß von **Feuerversicherungen** für erstklassige Gesellschaften empfiehlt sich **A. Bessmann, Warendorferstr. 20.**
Gutes Kartoffelland hat noch abzugeben **Holdt, Vorwerk, Lübeck.**
2 Zugänger z. verkaufen Siegelstraße 40.

Erfurter Gemüse- und Blumensamen empfiehlt J. Esemann, Paulstraße 1.

Die Nord-Wacht.

Dreimal wöchentlich erscheinendes politisches Organ für das werththätige Volk Nordwestdeutschlands.
Preis monatl. 50 Pfg., viertel. 1,50 Mk. Redaktion u. Exped.: Bant, Neue Wilt.-Str. 82. — Postzeitungsliste Nr. 5820. —
Zur Agitation auf dem Lande ganz besonders geeignet. * * *
Probenummern stehen zur Verfügung.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10. Kohlm.
Markt 4

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. N.:

Leberhosen	1,80—6,45
Mauerhosen	2,60—6,75
Schlofferhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	0,88—2,35
Zwirn-Hosen	1,38—3,25

leimene Jacken, schräge und gerade, 1,23
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Feiseurjacken,
Waler-Mäntel erstaunlich billig.
Mägen von 30 Pfg bis 1,88 M.

Tapeten

in neuesten Mustern,
keine Ringpreise, daher aussergewöhnlich billig bei

Carl Buchholtz
Sachsenburger Allee 106.

Wer sich photographiren
lassen will, gehe nach

H. Hahn, Gr. Burgstraße 33.

Konfirmanden
erhalten große Preisermäßigung.

Zum bevorstehenden Feste
empfehle:

Pa. Schweinefleisch	Pfd. 55 Pf.
„ Rindfleisch	„ 50 „
„ Kalbfleisch	„ 30 „
„ Rauchstücke	„ 65 „
„ Rippen zum Füllen	„ 65 „
„ Föhnen	„ 65 „

Nur hiesige Waare.
W. Strohsfeldt,

Glockengießerstraße 73
Katholischer Markt Nr. 14 und 15

Verkauf in Gebinden u. Flaschen: Gr. Gröpelgrube 23
und in vielen einflussreichen Geschäften.

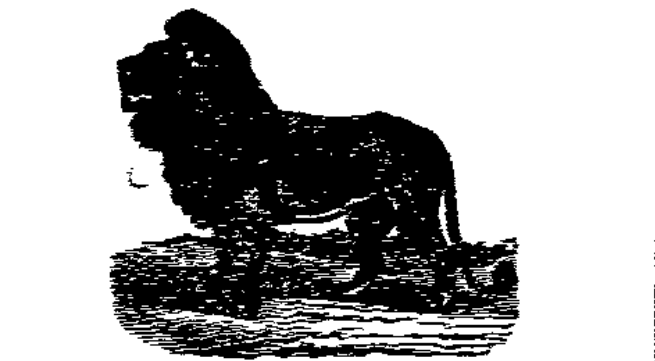


Besten mit Säublern Vorsugspreise.

J. C. Wessel.

Verband deutlicher Freire.
(Zweigverein Lübeck.)

Einladung zum
2. Stiftungsfest verb. mit Ball
am Sonntag den 19. April
im **„Vereinshaus“**.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg.
Das Comitée.



Zoologischer Garten Lübeck.
Täglich geöffnet von Morgens 8 Uhr an.
W. Grammerstorf.



Hut-Bazar von
H. Stoppelman
nur **Huxstr. 40.**

Alle Neuheiten der Saison
sind eingetroffen.
Größte Spezialität in Mk. 3,00-Hüten.
Größte Auswahl in
Wiener und Englischen Hüten
von 2,00, 2,50, 3,00, 4,00 bis 7,00 M.
Herrenwäsche, Kragen, Manschetten, Vorhemde
billigst.

Empfehle meine **Regenschirmen.**
Fabrikate in Größte Auswahl am Plage. — Billigste Preise.

H. Stoppelman
Schirmfabrik und Hut-Bazar.
40 Huxstrasse 40.

Weisswein mit Flasche 75 und 65 Pfg.
Rothwein **Otto Burckhardt, Bedergrube 24.**

Kredit nach auswärts. **Strengste Diskretion.**

Mein iast
10 Jahre

am hiesigen Platze bestehendes und als streng reell bekanntes
Möbel- und Waaren-

Kredit haus

erlaube ich mir höf. in Erinnerung zu bringen.
Nach wie vor

giebt

mein Unternehmen **Jedermann**, ohne Unterschied des Standes,
günstigste Gelegenheit, seinen ganzen Bedarf bei mir zu decken,
ohne sich grosse Sorgen aufzubürden.
Weitgehendste Koulanz! Grösstmöglichstes Entgegenkommen.

S. Sachs

Huxstrasse 41. Lübeck Huxstrasse 41.

Grosse ständige Vorräthe
in Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben,
Kleiderstoffen, Manufakturwaaren,
Wäsche, Fischer- u. Polstermöbeln,
Betten, Spiegeln, Regulateuren,
Teppichen, Gardinen, Kinder-
wagen, vollständigen
Zimmer- u. Wohnungs-
Einrichtungen.

Geringste Anzahlung. **Leichte Zahlungsbedingungen.**



Täglich
frisch gekochte
Nordseekrabben,
hiesige Bücklinge und Sprotten,
Lebende Hummer,
Lebende Flug- und Seefische
in reicher Auswahl empfiehlt

Joh. Blöss,
Sachsenburger Allee 21a.
Fischerstraße Nr. 30.

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Mitglieder-
Versammlung
am **Sonabend den 11. April**
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50, 52**
Tag 25. Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Kasse.
3. Abhaltung eines Sommer-Vergnügens.
4. Fragekasten und Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Arbeiter-Turn-Verein
Lübeck.

Turngang nach Reinfeld
am **1. Ostertag.**
Abmarsch 2 Uhr Nachmittag vom Lindenplatz,
Rückkehr mit der Bahn.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Turnwart.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck)

Großer
Theatralischer Abend
am **Sonntag den 12. April**
(1. Ostertag)
im **„Vereinshaus“**
Johannisstraße 50/52.
Loosöffnung 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Eintritt 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.
Das Comitée

NB. Karten à 20 Pfg. sind zu haben
im Vereinshaus, Beete, Lederstr. 3 und bei sämtlichen
Hilfskassiren

Am zweiten Ostertage:
BALLE
verbunden mit humoristischen Vorträgen, wozu
ich freundlichst einlade.
Genie. Rehbein.

Circus Variété
Nur 4 Tage.
Ab **Sonntag den 12. bis incl.**
Mittwoch den 15. April.
Aus 10 Attraktionen bestehendes
Osterprogramm.
U. N. Sensationell! Sensationell!
Las Estrella de Granada.
5 Andalusische Schönheiten
in ihren spanischen
Gesängen und Tänzen
kommen.

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Stg.
Diese Woche
Nordsee-Bäder
Borkum, Nordener, Helgoland, Wyl,
Westerland.
Charfreitag den ganzen Tag geöffnet.

Stadt-Theater
Freitag: geschlossen.
Sonabend den 11. April, 7 1/2 Uhr
Nur einmaliges Gastspiel **Signorina**
Prevosti.
Lucia v Lammemoor
und **Cavalleria rusticana.**
Sonntag und Montag: 2 Fremden-Vorstellungen.
Der **blinde Passagier.**
Sonntag Abends: **Der blinde Passagier.**
Montag: **Die Königin von Saba.**

Besondere dankbare Anerkennung für den gesonnenen Inhalt der Zeitung mit Unterstützung der Anstalt „Lübeck und Umgebung“, sowie der mit J. St. geschickten Artikel und Notizen: Otto Friedrich, Besondere dankbare Anerkennung für die Artikel „Lübeck und Umgebung“, sowie die mit J. St. geschickten Artikel und Notizen: Johannes Stilling. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Druckerei in Lübeck.

Der neue Mittelstand.

Zu den schnurrigsten Waffen, mit denen die herrschenden Klassen in dem herannahenden Wahlkampf zu siegen versuchen, gehört die Verbreitung eines Schriftchens, das von einem angeblichen H. Bürger verfaßt ist, und ein „Büchlein für denkende Menschen und besonders für denkende Arbeiter“ sein will. Es führt den Titel: „Soziale Thatsachen und sozialdemokratische Lehren“, und sucht den Nachweis zu erbringen, „daß die Sozialdemokratie heute eine Partei ist, die ihr Programm auf einer Reihe von Behauptungen aufbaut, die unwahr sind.“ Dabei macht die Broschüre efflektlich in fittlicher Entrüstung und fragt empört: Kann ein wahrheitsliebender Mann einer solchen Partei angehören?

Mit größerem Rechte könnte man umgekehrt fragen: Muß eine Sache, die ein Mann von der angeblichen Wahrheitsliebe des angeblichen H. Bürger verteidigt, nicht durch und durch faul sein? Die Hauptmittel, mit denen diese Agitationschrift der Bourgeoisie arbeitet, sind plumpe Verdrehungen des sozialdemokratischen Programms und dreiste Fälschungen der amtlichen Statistik. Freilich muß man zugestehen, daß sie sich damit keineswegs zum Nachteil unter ihresgleichen auszeichnet. Solche Schriften sind, namentlich seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes, zu Dutzenden und selbst zu Hunderten erschienen, eine so verlogene wie die andere. Man kann sie so wenig unterscheiden, wie man in einem Fuge Spageten den einen von den andern unterscheiden kann. Thatsächlich gehört auch der Verfasser dieser neuesten Schrift, der nicht H. Bürger, sondern H. Fränkel heißt, zu den obskursten Tintenkulis des Kapitalismus, und er hat eben deshalb einen falschen Namen gewählt, weil er seinen wirklichen Namen nur zu nennen brauchte, um seinen Anspruch, den Todengräber der Sozialdemokratie zu spielen, unter einem homerischen Gelächter begraben zu sehen.

Schließlich wollen aber auch solche windigen Gesellen leben, und wenn die Bourgeoisie ihren Profit dabei findet, von ihren Bürger und Fränkel Jahr für Jahr einen Haufen Makulatur produzieren zu lassen, so kann's uns schon recht sein. Diese ganze literarische Sozialistentödterei hat noch keine Fritze totgeschlagen, geschweige denn dem Siegesmarsch der Partei auch nur ein Sandkorn in den Weg gewälzt. Wenn sie überhaupt eine Wirkung hat, so ist es die, den Philister in seinen stumpfsinnigen Vorurteilen gegen den proletarischen Emanzipationskampf zu bekräftigen, was denn wohl des Schweiges solcher Edlen werth sein mag. Was ihnen jedoch nicht gegeben ist und auch niemals gegeben sein kann, das ist die Bekehrung des Arbeiters zu dem schönen Gathe, daß er sich von Gottes und Rechts wegen geduldig die Haut über die Ohren ziehen lassen müsse. Wie sollte dies Wunder auch von einer Literatur vollbracht werden, aus der immer abwechselnd entweder das böse Gewissen hervorlugt oder die berechnende Arglist hervorschießt?

Mit der Schrift des braven Herrn Fränkel steht die Sache nun aber insofern doch etwas anders, als nach dem hohen Rathschluß der Bourgeoisie so ziemlich jeder Reichstagswähler mit ihr beglückt werden soll. Bekanntlich hat der Zentralverband der deutschen Industriellen, die berufene Scharfmachergesellschaft, eine öffentliche Bettelei veranstaltet, um Fonds zusammenzubringen, die dazu benutzt werden sollen, die Fränkelsche Schrift zur Wahlagitiation in acht Millionen Exemplaren zu verbreiten. Da lohnt es sich schon, das Nachwort einmal unter die kritische Lupe zu nehmen, sei es auch nur, um urkundlich festzustellen, eine wie geistverlassene Gesellschaft die Scharfmacherbande ist. So hat unser Parteivorstand eine „Antwort“ herausgegeben, die unter dem Titel erschienen ist: „Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Zentralverbandes der Industriellen“, und die an dieser Stelle unseren Lesern nochmals dringend empfohlen sein mag.

Satz für Satz wird von ihr das Gewebe von Lügen

zerrissen, in das die Scharfmacher das Proletariat verstricken möchten, auf daß sie es in aller Seelenruhe abwürgen können. Ueberall aber werden auch aus der negativen Kritik die positiven Gesichtspunkte entwickelt, die den Arbeitern als Leitsterne in den Wahlkämpfen mit den Gegnern dienen können. Wir heben hier nur einen Abschnitt hervor, der von dem „neuen Mittelstande“ handelt, mit dem die kapitalistischen Klopfflechter sich über die Vernichtung des Handwerks und der Bauernschaft durch das Kapital zu trösten versuchen. Dieser „neue Mittelstand“ gehört zu ihren liebsten Klauen und spukt namentlich auch in der Professorenliteratur. Man stützt sich um so lieber auf diese angeblich neue Stütze der kapitalistischen Gesellschaft, als der „neue Mittelstand“ thatsächlich vorhanden, auch nicht erst seit gestern und heute bekannt, sondern sogar schon im kommunistischen Manifest prophezeit worden ist. Wie er hier angekündigt wurde, so bildet er sich vornehmlich aus den Angestellten der Großbetriebe; er steigt gerade auf, weil der Kleinbetrieb niedergeht. Deshalb ist er nun aber nicht die granitene Säule, als die ihn die kapitalistische Gelehrsamkeit ausposaunt, sondern vielmehr ein sehr schwankes Rohr.

Vor allem hat er gar kein Interesse an dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, von dem er ein für allemal ausgeschlossen ist. Beispielsweise haben die Eisenbahnen mächtig zur Bildung des neuen Mittelstandes beigetragen, indem sie eine zahlreiche Beamtenschaft schufen. Aber diese Beamtenschaft hat nicht das geringste Interesse daran, einer Verstaatlichung der Eisenbahnen zu widerstreben und den privaten Besitz derselben vorzuziehen. Freilich bildet diese neue Mittelschicht dem Proletariat gegenüber eine privilegierte Klasse, die ihm daher meist verständnislos, mitunter sogar feindselig gegenübersteht. Allein für eine ihrer Gruppen nach der anderen hört diese bevorzugte Stellung auf. Gerade ihre rasche Zunahme wird ihr verderblich. Da der Kleinbetrieb niedergeht, so drängt sich der Nachwuchs des Mittelstandes mit Vorliebe zu den gebildeten Berufen, und die Fachschulen produzieren heute eine Menge gebildeter Arbeiter, so daß in dem neuen Mittelstande eine zunehmende Ueberproduktion an Kräften herrscht. Dabei muß die zunehmende Konzentration des Betriebes, wie sie in der Industrie, aber auch im Handel stattfindet, auch schließlich dahin führen, das Wachstum der Nachfrage nach Angestellten immer mehr ins Stocken zu bringen. In Amerika haben die Trusts heute schon vielfach zu einer Verminderung des verwaltenden und kaufmännisch thätigen Personals geführt.

Je stärker das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage, desto geringer die Löhne, desto geringer auch der Unterschied in der gesellschaftlichen Stellung zwischen den Angestellten und den Lohnarbeitern. Der neue Mittelstand spaltet sich immer mehr in zwei Gruppen, von denen die eine die höhern, die besser bezahlten, herrschenden Stellungen einnimmt und die Interessen des Kapitals vertritt, und daneben eine zweite, stets wachsende, die mit dem Proletariat gemeinamte Sache macht.

Freilich, viel zu seinem Befreiungskampf kann sie nicht beitragen. Einzelne ihrer Mitglieder können dem kämpfenden Proletariat durch ihre geistigen Fähigkeiten und ihr größeres Wissen wichtige Dienste leisten. Im allgemeinen aber sind die Mitglieder dieses neuen Mittelstandes in so abhängiger Stellung, daß sie sich weniger wehren können, als die eigentlichen Lohnarbeiter.

Immerhin, nichts ist irriger und thörichter, als den neuen Mittelstand auf die gleiche Stufe mit dem alten zu setzen. Er bildet keine Stütze des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Je mehr er an die Stelle des alten Mittelstandes tritt, desto schwächer wird die Grundlage, auf der das Privateigentum beruht, desto höher steigen die Siegesaussichten der Arbeiterklasse.

Soziales und Parteilieben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Rabi-

Spanner in Berlin haben Dienstag überall dort die Arbeit niedergelegt, wo der geforderte Stundenlohn von 65 Pfg. pro Stunde nicht bewilligt wurde. — In Calbe a. S. legten sämtliche Biegeleitarbeiter der Firma Cöster u. Hilger infolge Lohnunterschieden die Arbeit nieder. Alle Arbeiter sind im Hilfsarbeiterverband organisiert. — Der Ausstand in der Aachener Stahlwaarenfabrik, vormals Schwanemeyer, hat durch den Eintritt der Schlosser bedeutend an Umfang zugenommen. — Die Arbeiter sämtlicher Schufabrikanten in Pellingborg haben die Arbeit wegen Lohnforderungen niedergelegt. Sie verlangen 40 Dore für männliche und 24 Dore Stundenlohn für weibliche Arbeiter. Der Streik umfaßt ungefähr 150 Arbeiter.

Sozialdemokratische Reichstagskandidatur. Im Wahlkreis Pichtenfels-Rronach stellten unsere Parteigenossen den Landtags-Abgeordneten A. Walter aus Coburg auf.

Das Zentral-Arbeitersekretariat, dessen Errichtung der vorjährige Gewerkschaftskongress beschlossen hat, ist, wie das „Korrespondenzblatt der Zentralkommission der Gewerkschaften“ bekannt gibt, am 1. April in vollem Umfange in Thätigkeit getreten. Das Sekretariat hat nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses die Refursee, die von Mitgliedern der Gewerkschaften beim Reichs-Versicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und in der Verhandlung mündlich zu vertreten. Da das Institut durch die Gewerkschaften geschaffen ist und durch sie unterhalten wird, so erstreckt sich seine Wirksamkeit nur auf die Angehörigen dieser Organisationen. Die Grenze soll aber, wie in der Bekanntmachung gesagt wird, nicht mit großer Strenge beachtet werden, vor allem nicht gegenüber den ländlichen Arbeitern. Als weitere Aufgabe des Sekretariats wird es beauftragt, bei den Wahlen zu den Arbeitervertretungen, die auf Grund des Unfallversicherungs- und des Invalidengesetzes vorgehen sind, den Gewerkschaften helfend zur Seite zu stehen und die Vorbereitungen der Wahlen zu übernehmen. Das Bureau des Zentral-Arbeitersekretariats ist: Berlin SW., Engel-Ufer 15 IV. Dahin sind alle Briefe an den Sekretär Robert Schmidt zu richten.

Hafenarbeiterstreik und Aussperrung in Schweden. Sämtliche Hafenarbeiter in Gesele haben vom Donnerstag die Arbeit ruhen lassen, weil die Unternehmer darauf bestehen, den Stundenlohn von 50 auf 40 Dore herabzusetzen. 250 Holzplatzarbeiter, die die Arbeit der Streikenden ausführen sollten, sich dessen aber weigerten, wurden von ihrem Arbeitgeber entlassen. Einschließlich dieser Arbeiter beträgt die Zahl der im Hafenbezirk Ausständigen 650. — Die Hafenarbeiteraussperrung in Stockholm erstreckt sich auf zirka 350 Arbeiter. Die angeworbenen Streikbrecher haben zu einem großen Theil die Arbeit wieder ausgegeben. Es sind ungeübte Leute, die mit der Arbeit nicht umzugehen wissen.

Das diesjährige Verbot des Maifestzuges in Magdeburg ist wieder prompt eingetroffen. Der Polizeipräsident Kessler giebt bekannt, daß der Umzug auf Grund der §§ 9 und 10 der Verordnung für die Verhütung eines des öffentlichen Friedens und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1850 nicht gestattet wird. Das sagt der Polizeipräsident, der sich im vorigen Jahre durch den Augenschein persönlich überzeugte, daß die Mat-Veranstaltungen der Magdeburger Arbeiter würdig und ruhig verliefen. Im Vorjahre war dem Präsidenten die „Ordnung und Sicherheit“ so wenig gefährdet, daß er so, „ar die offiziellen Maifestveranstaltungen ohne jede polizeiliche Ueberwachung ließ. Selbstverständlich wird die Maßfeste und Maibegeisterung der Magdeburger Arbeiter durch diese Maßnahme nicht im Geringsten getrübt. Im Uebrigen ist gegen das Verbot Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingelegt, und man wird an der Stellungnahme des neuen Regierungspräsidenten zu dieser

Wollmond.

Eine Seegeschichte von Eduard Billinger.

Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Es sind selten heilige Augenblicke im Leben der Menschen, wo ihre Herzen überselig pochen, sich finden in unaussprechlicher Freude und ineinanderfließen in grenzenlosem Verstehen — doch die Lippen haben da keinen Laut, nur die Augen schimmern.

Nun rief die Magd durch die Thürespalte, daß die Suppe auf dem Tische stände, und sie erhoben sich, der Sohn schlang seinen Arm um den Nacken der Mutter — und so gingen sie schweigend hinaus.

Am Abend schlich Lois ins Wirthshaus; aber er trat nicht in die laute Gaststube, sondern setzte sich außen auf die verfallene Hausbank und ließ sich da einen Trunk reichen. Hanni brachte ihm den hohen Stügen röthlichen Tirolerweins und er sah sie mit frohen, verschmigten Augen an, sie aber verschlug ihre Blicke und kam nicht wieder zu ihm heraus.

Er wartete geduldig ab, bis auch der letzte schwankende Schrittes fortgetrabt war, dann ging er zu Hanni in die Stube, führte die leicht widerstrebende in den Hof unter der großen Buche hinaus — und gestand ihr Alles — seine Liebe und daß er sie heimführen wollte.

Lang hielt ihn Hanni mit eitlen, wie sie jedoch meinte höchst vernünftigen Worten hin, lange sträubte sie sich gegen sein Ansuchen, da er ihr aber immer wärmer und inniger vom Herzen sprach, wurde endlich das ihre willig und nachgiebig und sie flüsterte:

„So, ja, ich mag dich, ich komm schon.“

Er wollte sich anschicken, sie zu umschlingen, doch sie wehrte ihm's und huschte eilig ins Haus zurück.

Einen weiten Umweg wählend, schlenderte Lois heim-

wärts, dabei sang er unermüdet durch die stille, laue Nacht — er mußte eben singen.

Des anderen Tages begab sich Lois zum Wirth, um mit diesem wegen Hanni's Abrede zu handeln, denn die Dirne sollte bis zur Hochzeit auf den Endhof kommen — so wollte es die Mutter.

Erst nach vielem Bitten sagte ihm der Schier verwundert und auch manchen unzeitigen Scherz thüende Wirth zu, Hanni den nächsten Abend freizugeben.

So zog Lois den nächsten Abend zur bestimmten Stunde aus, Hanni einzuholen.

Die Kunde von der Liebchaft Lois' und Hanni's war rasch durchs Dorf geübelt und der Bescheid waltete gar geschäftig. Als nun Lois mit Hanni, die in der freien Hand ihr Bündel hielt, Arm in Arm, sie verschämt und zugend vor sich hinhaltend, er den Kopf hoch und frei tragend, die Straße herauskam, da rückten viele Köpfe in die Fenster und fast alle Weibskente zu den Thoren, wo sie lachten und zischelten.

Hanni hatte zwar keine Feinde im Orte, indeß von ein wenig Neid und Scheelsucht mögen Weiber nimmer recht lassen. Hanni war einmal eine heimlose Dirne, eine Bäuerin, während Lois für einen starken, wohlhabenden und wohlberufenen Bauernsohn galt — eine solche Verbindung mochte daher den Müttern und Töchtern des Ortes genug Anlaß zu neidischer Mißgunst bieten.

Es folgten dem Paare manch nörgelnde und spöttische Blicke, allein Hanni nahm es nicht wahr und Lois beirrte es nicht und er grüßte freundlich und gelassen überallhin, so, als merkte er von nichts.

Die Endhoferin band Bohnen am Hauszaun; dabei war es ihr nicht um die Bohnen zu thun, sondern bloß „sie“ kommen zu sehen. Ihre Hände thaten so, als schafften sie etwas, aber sie schofften nichts, und ihre Blicke waren stetig nach der Straße gerichtet.

Endlich erschien der Bäuerin das sehnsüchtig ersehnete Paar, und nun stellte sie sich erst recht auf die Beinhüpfen, reichte schier bedenklich den Kopf in die Höhe und guckte und guckte.

Da die Liebeskente schon ganz nahe kamen, lief sie aber in den Thorweg, dann wieder hinaus, wieder herein und abermals hinaus — sie wußte selbst nicht, wohin sie sollte — bis die beiden vor ihr standen.

Ein großer, zufriedener Blick — sie sah Hanni zum ersten Male — slog aus den Augen der Endhoferin über die schmucke Dirne, dann legte sie ihr die Hände auf das Haupt und küßte ihr die Stirn. Hanni faßte die Hände der Mutter und schüttelte sie übermäßig fest, flüsterte auch etwas, das war aber nicht zu verstehen.

Hierauf nahm ihr die Bäuerin das Bündel ab und führte sie ins Stübchen und wies ihr alles, den Schrein, das Bett, den Spinnrocken, das Muttergottesbild mit dem Gampchen — alles; und nachdem das geschehen war, geleitete sie Hanni in die verschiedenen Kammern des Hauses und zeigte ihr auch da alles, das viele Geräthe und die aufgestapelte Vorrathe, jegliches bescheiden rühmend; dann im Stalle Lois' munteren Goldschuhen, die scheidige Wurzel und das feiste Paar Ochsen; im Hofe den großen Apfelbaum, den stattlichen Holzvorrath, die schwerfälligen Enten, die leichtfüßigen Hühner und den ungefüm an seiner Kette hin- und herjagenden Wald, den treuen Hüter des Hofes; zuletzt im Garten die vielartigen Gemüse, die vielfarbigen Blumen und die auf dem Rasen zum Bleichen ausgebreiteten weißen Gewebe — Hanni mußte eben alles besehen und bestaunen.

Lois ging hinter ihnen her und an seinen Mundwinkeln zitterte es und seine Augen leuchteten.

Als Hanni in ihrer Kammer für die Nacht geborgen war und der Sohn sich von der Mutter mit einem Kusse verabschiedete, sagte ihm diese:

Dollmässigen Maßnahme ermessen können, wessen sich die Magdeburger Sozialdemokratie ihm gegenüber zu verge- wärtigen hat.

Die Unternehmer rücken zum 1. Mai. Unserem Mannheimer Parteivorstand ist folgendes Rundschreiben auf den Redaktionstisch gekommen:

Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke.

Mannheim, 2. April 1903.

Bom Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller in Berlin ging uns folgendes Rundschreiben vom 30. März zu, welches wir Ihnen zur gefl. Beachtung hierdurch mit- theilen:

Infolge des Beschlusses in der Ausschussung vom 25. September 1899 haben wir die Verpflichtung über- nommen, Sie zu bitten, den Mitgliedern Ihres Ver- bandes rechtzeitig Benachrichtigung darüber zukommen zu lassen, daß die Feier des 1. Mai in unsern Betrieben nicht geduldet wird und die Fei- ernden als Streikende zu betrachten sind.

Demgemäß wollen Sie Notwendiges Ihren Mitgliedern mittheilen, damit in sämtlichen Betrieben ein einheitliches Handeln ermöglicht wird.

Hochachtungsvoll
Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke.

Der Vorstand: Heinrich Bügtele.
Je stärker die Erbitterung ist, die die Unternehmer durch solche Maßregeln hervorgerufen, desto stärker wird der Gegen- schlag am 16. Juni werden.

Mit der Politik der Nadelstiche seitens der sächsi- schen Behörden kann der Arbeiterschaft gelegentlich auch empfindlicher Schaden zugestiftet werden. Die Chemnitzer Parteigenossen haben seit Jahren unter dem Mangel ge- nügend großer Versammlungshäuser zu leiden. Um dem Uebel abzuhelfen, wurde eine Genossenschaft gebildet, deren Auf- gabe die Erwerbung und Bewirtschaftung eines Volkshauses ist. Im Oktober vorigen Jahres war das Unternehmen soweit gebiehn, daß die Generalversammlung den Vorstand ermächtigen konnte, das große Etablissement „Waldschlößchen“ in dem Vorort Silberdorf käuflich zu erwerben. Man rechnete von Anfang an damit, daß behördliche Schwierig- keiten zu überwinden sein würden, da Silberdorf nicht zu der Stadt Chemnitz, sondern zur Amtshauptmannschaft ge- hört. Diese Schwierigkeiten hoffte man aber überwinden zu können, da im Lauf dieses Jahres die Eingemeindung erfol- gen wird. Es ist anders gekommen. Der Kaufvertrag wurde Mitte Dezember v. J. abgeschlossen. Dem Vorstand der Genossenschaft wurde am 24. Dezember v. J. auch die Ausübung der auf dem Grundstück ruhenden alten Real- forschung gestattet — aber unter der Bedingung, daß nicht weniger als 16 der verschiedenartigen baulichen Ver- änderungen vorher vorgenommen würden. Bisher war es ohne diese kostspieligen Veränderungen gegangen. Weiter wurde die Ausübung des Schenkens in einem bestimmten Theil des Etablissements, die bisher die hauptsächlichste Ein- nahme an den Wochentagen gebracht hatte, unterlag, trotz- dem, wie gesagt, auf dem Grundstück eine alte Realforchung ruht. Es wurde der Genossenschaft nicht einmal gestattet, die Vornahme bestimmter Bauarbeiten, die im Winter kaum auszuführen waren, bis zum Frühjahr zu verschieben. Die Beschränkung der Konzession wurde im Besonderen ange- sprochen. Der Erfolg war eine Auslegung der Konzessions- rechte durch die Amtshauptmannschaft, die einer Auf- hebung des alten Realrechtes fast gleichkam. Mit den Schenkern wegen der Konzession war es aber der Amts- hauptmannschaft nicht genug. Diese Behörde verbot fast alle Vergütungen, die Chemnitzer Vereine im „Wald- schlößchen“ abhalten wollten. Nebenher ging eine starke Ver- arbeitung des bisherigen Pächters und der Besitzer des Gebäudes. Der Kaufvertrag war zum Glück so vorsichtig abge- schlossen worden, daß unter diesen Umständen noch ohne nennenswerthe Verluste zurückgetreten werden konnte. Die Chemnitzer Arbeiterschaft wird sich ohne großen Ver- sammlungsraum vorläufig weiter behelfen müssen. Das ist besonders angehts der bevorstehenden Reichstagswahl recht unerfreulich. Der Plan ein eigenes Versammlungshaus zu erwerben, ist selbstverständlich nicht aufgegeben worden.

Die sozialdemokratischen Kandidaten in Ober- schlesien. Wie die Agitationskommission für den Bezirk Oberschlesien mittheilt, lautet die Kandidatenliste unserer Partei in der Wahlbezirk des Bezirks endgültig wie folgt: 1. Kreuzburg-Hohenberg: Kaiser Wilhelm Reich, 2. J. in Berlin; 2. Doppeln: Bergarbeiter Paul Paduschel in Ko- zmin bei Opole; 3. St. Sirebis: Bergarbeiter Franz Altmann; 4. Lublitz: Bergarbeiter Arbeiterkret-

lar Dr. August Winter in Beuthen O.S.; 5. Beuthen- Larnowitz: derselbe; 6. Rattowitz: Bergarbeiter Franz Morawski in Rattowitz; 7. Pleß: Bergarbeiter: Ver- bandsbeamter Franz Schötsch in Königsbrunn O.S.; 8. Rattow: Schriftsteller August Bebel in Berlin; 9. Leob- schütz: Weber Wilhelm Keder in Neustadt O.S.; 10. Neus- tadt O.S.: Bergarbeiter Oskar Schütz in Breslau; 11. Falken- berg-Grottkau: Schriftsteller August Bebel in Berlin; 12. Reife: derselbe.

Aus Nag und Fern.

Der Geschäftsbetrieb einzelner „Masseusen“ und „Manicuren“, deren Zahl sich von Tag zu Tag ver- mehrt, erhielt eine grelle Beleuchtung durch eine vor der 8. Strafkammer in Berlin verhandelte Angelegenheit in einer Strafsache Wessel und Genossen. Die Anklage richtete sich gegen zehn „Masseusen“, die beschuldigt waren, öffentliche Anklagen erlassen zu haben, welche dazu bestimmt waren, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen. (§ 184 St.- G.-B.) Die Angeklagte Wessel hat sich ins Ausland be- geben, von den übrigen Angeklagten hatte eine ein ärztliches Attest eingereicht, dieses wurde aber keineswegs als aus- reichend erachtet, und die Angeklagte aus dem Bette zur Ge- richtsstelle geschafft. Sie behauptete alsdann von der An- klage ab, daß sie wegen nervöser Erregung nicht im Stande sei, der Verhandlung zu folgen. Der Gerichtshof beschloß deshalb, das Verfahren gegen diese Angeklagte aus- zusetzen und sie wegen Furchtvordachis in Haft zu nehmen. Sie wurde aber nach einigen Stunden gegen eine dem Ge- richt gestellte Kaution von 10 000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt. In weiten Kreisen ist es schon längst bekannt, daß das Gewerbe der Masseusen und Manicuren in Berlin vielfach nur als Deckmantel für unzüchtige Zwecke benutzt wird. Der anscheinend harmlose Inhalt der Annoncen, die gewisse Masseusen erlassen, ist der Polizei schon längst als verdächtig vorgekommen, insbesondere haben die Annoncen, die eine „strenge“ oder „energische“ Massage versprochen, diesen Verdacht genährt und die Veranlassung gegeben, daß bei den Angeklagten Hausdurchsuchungen abgehalten wurden. Dabei sind nun außer zahlreichen Bildern und einer Anzahl von Masturwerkzeugen Briefe und Zuschriften von Herren mit Beischlag befehl worden, die keinen Zweifel dar- über lassen, daß bei einzelnen der Angeklagten unter dem Ausbange der „Massage“ lediglich unzüchtige Zwecke verfolgt wurden. Ueber die „strenge“ Massage, die bei Männern pervertirter Veranlagung vorgenommen wird, gab der als Sachverständige vernommene Kriminalkommissar von Tredeow Aufschlüsse, die beinahe ungläublich klangen, und haarsträubende Beispiele sogenannter majestätisch ver- anlagter Personen bloßlegten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es erobte nach stunden- langer Dauer damit, daß einige Angeklagte freigesprochen, die übrigen wegen Vergehens gegen § 184 4 zu Gefängnis- strafen verurtheilt wurden, die sich in den Grenzen zwischen drei und sechs Wochen hielten.

Eine Soldatenmishandlung. Aus Chemnitz meldet die „Sächsl. Arbeiter-Ztg.“: Der Soldatenmishand- lung angeklagt stand der Unteroffizier Gust. Alb. Schlegel von der 4. Batterie des 22. Feldartillerie Regiments vor dem Militärgericht. Sch. ist 1880 in Weiskopf geboren, seit 1902 Unteroffizier und schon zweimal wegen vor- schrittswidriger Behandlung und Mishand- lung Untergeordneter vorbestraft. Mit einigen Tagen Arrest wurden die ersten Angriffe auf das Geseßlich- keit der Mitmenschen geahndet. Schlegel bestand sich am 9. März auf dem Kasernenhofe mit seiner Korporalchaft als von Ferne ein Wachweiser kommt. B. theilt die Sch. mit in der Meinung, daß es der ihrige sei und Sch. kommandirt: „Achtung!“, dann bemerkt er, daß der Wachweiser von einer anderen Batterie war. In der Meinung, B. habe ihn genzt, warf Schlegel diesem sein Notizbuch ins Gesicht, und traf ihn an die linke Wade. Da nun die ganze Korporal- chaft lachte, freigte sich die Erregung des Unteroffiziers. Er rief B. vor, kommandirte Kniebeuge und ließ den Mann in dieser Stellung vierzehn Minuten Armerollen ausführen! B. bekam davon heftige Rückenmerzen und mußte sich beim Arzt melden. Dadurch erhielt die Anklagebehörde Kenntnis von dem Vorgange. Bis 16. März war B. dienstfähig. Wegen vorschrifts- widriger Behandlung und Mishandlung wurde Sch. diesmal je 6 Wochen 3 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Ueber den historischen Ursprung des Wahlspruchs der französischen Re- publik, der an allen öffentlichen Gebäuden prangt und den Kopf aller amtlichen Schriftstücke in Frankreich ziert, machte, wie die „Sächsische Zeitung“ mittheilt, Professor Anlauf im

„Verein für die Geschichte der französischen Revolution“ auf Grund seiner Studien folgende Mittheilungen: Man be- hauptet zu Unrecht, daß die Formel „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ die amtliche Devise der ersten Republik oder gar die der großen Revolution gewesen sei. Es gab überhaupt keinen allgemeinen Wahlspruch während der Re- volution. Die Nationalversammlung hatte einen Bürgereid eingeführt, der die Formel enthielt: Ich schwöre, der Nation, dem Geseze und dem Könige treu zu sein. Seitdem erschien die Wortgruppe Nation, Gesez, König häufig an der Spitze von Aktenstücken und kann darum in beschränktem Sinne als Devise der konstitutionell-monarchischen Regierung von 1789 bis 1792 bezeichnet werden. Mit dem Sturze des Königtums setzte man in den Bürgereid an Stelle jener Drei- zahl von Wörtern die Zweifzahl: Freiheit, Gleichheit. Von dem Stund an wurde diese Formel häufig, aber nicht ausnahms- los auch in amtlichen Schriftstücken gebraucht. Sie kann also mit derselben Einschränkung als Wahlspruch der ersten Republik gelten und wurde bis in die Konsulatszeit hinein angewendet. Daneben aber erschienen auch andere Devisen. Die Formel „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ findet sich zum erstenmale in einem Beschluß des Klubs der Cordeliers, der im Juni 1791 verlangte, daß die Nationalgardien auf der Brust ein Schild mit dieser Inschrift trügen. Professor Anlauf widerspricht der Behauptung, diese drei Worte hätten zuerst auf den Fahnen der Jöderiten der Franche Comte und der Dauphiné geprangt. Am 29. Juni 1793 befahlen die Gewaltthaber von Paris den Einwohnern, an allen Häusern die Inschrift anzubringen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder der Tod! Etwa zwei Jahre später, am 13. Germinal des Jahres III (4. April 1795), wurde an- geordnet, daß die Wörter „oder der Tod“ wieder auszu- löschen seien. Seit Ende 1793 kam der Spruch „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ mehr in Gebrauch; der Wohl- fahrtsausschuß wandte ihn mit Vorliebe an. Aber er hat niemals die kürzere Formel „Freiheit, Gleichheit“ verdrängt. Der Charakter einer amtlichen Devise erhielt er erst unter der zweiten Republik. In den die Verfassung vom 4. No- vember 1848 entleitenden Sätzen heißt es ausdrücklich unter IV: Die Republik hat zum Grundsatze die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit.

Das Wohnungsklima. Das Wohnungsklima ist dasjenige Klima, welches wir uns innerhalb der bewohnten Räume künstlich schaffen. Da ein jeder großer Theil der Menschen die überwiegende Zeit ihres Lebens in geschlossenen Räumen zubringt, so ist es erklärlich, daß dieses Klima für unser ganzes Leben von außerordentlicher Bedeutung ist. Dr. Franz Spät veröffentlicht in der „Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege“ seine Beobachtungen über dieses Klima. Beim Wohnungsklima hat man zwei Perioden zu unterscheiden, einmal die kältere Jahreszeit, bei welcher die jeweilige Temperatur der Wohnungen nach dem Wärmebedürfnis und dem zur Verfügung stehenden Heizungs- Material künstlich geschaffen wird, dann die wärmere Jahreszeit, während welcher die Innentemperatur der Wohnräume nach dem Einfluß der Außentemperatur sich regelt. Während im Sommer die Außentemperatur innerhalb 24 Stunden großen Schwan- kungen unterworfen ist, sind die Unterschiede der Innen- temperatur sehr gering. Da nun die Wärme der Zimmer im Sommer besonders während des Nachts häufig eine Quelle des Unbehagens ist, so fragt es sich, bei welcher Lage der Zimmer sich dieselben am leichtesten abkühlen. Es zeigt sich nun, daß die günstigsten Bedingungen für die Abkühlung weniger, während der Sommernächte in den Zimmern nach Nord und Süd haben. Daß die Südzimmer diese überraschende Eigen- schaft besitzen, erklärt sich wohl daraus, daß die Sonnen- strahlung der nach Süd gelegenen Zimmer wenn auch eine intensiver, so doch nur kurze Zeit andauernde ist. Infolge dessen wird hier nur die Luftschicht erwärmt, nicht aber die Mauern, welche außerordentlich starke Wärme- und Kälte- speicher darstellen. Dagegen werden die Mauern der nach Ost und West gelegenen Zimmer den ganzen Tag beschienen und geben nun in der Nacht die Hitze nach den Zimmern zu weiter. So stellen West- und Ostzimmer keine Wärmereferoire dar. Darum rath Dr. Spät, daß man für alle Fälle Schlafzimmer wähle, die nach Süden gelegen sind, ja, es ist sehr rathsam, sich überhaupt eine Wohnung mit der Richtung nach Süden zu suchen, denn sie hat auch im Winter eine sonnige Lage. Wohnungen nach West empfehlen sich im Sommer sind sie sehr heiß, in den schlechtesten Jahreszeiten sind sie allen Witterungseinflüssen ausgesetzt. Infolge dessen sind solche Zimmer immer unbehaglich, im Sommer wegen der Hitze, im Herbst und Frühjahr wegen der nachkalten Luft, die ja den Wärmeverlust der Haut wes-entlich steigert.

„Ich glaub', Loth, du hast gut gesezt — das ist die Recht!“

Der Endsohn wurde die Weisheit zusehends lieber. — Der Dime ging alles so frisch und fröhlich von den Händen, und niemals war sie lässig und niemals verdroß sie ein Ge- schäft, und selbst das ungewohnte geiß sie verständig an; dabei hatte sie für alles den rechten Sinn, für die Arbeit so gut wie für das Vergnügen, für die Barmherzigkeit so gut wie für das Recht, sie konnte bedürftig und eracht sein und dann wieder frisch und unerschütterlich dem Herzen heranzukommen. — Wenn sich im Auge die Seele spiegelt, so erucht im Lachen das Gemüth.

Daß Hansi den Kieber so hoch war, jagte die Bäuerin auch nicht gering an. Bald hatte Hansi einen kleinen Kniegen auf den Armen und berzte ihn, bald machte sie einen Kniegen ein Spitzgen aus Holz oder Zweigen, bald stellte sie die verwichenste Toilette einer kleinen Dime wieder her und wusch ihr das beschmutzte Gesicht und leumte ihr das ver- wuschene Haar.

„Schau, Hansi,“ sagte sie da ihre wohlgefallige die alte, und herzlich, in ohnangewollter Freude lachend, sagte sie Hansi: „du gibst a brave Mutter!“

Die Kinder ließen natürlich Hansi übergen nach und sie fand hoch bei ihnen in Gnade. — Gelobten Menschen gehen Kinder immer leicht zu, selbst wenn diese Menschen überhaupt recht sind und schonenlos mit ihnen sind.

Das aber Hansi sozuzagen mitten in das Herz der Endsohnerin sagte, war, daß die Dime mit der jählichen Kniebeuge ihrer letzten Mutter gebachte, daß wenn sie von dieser sprach, ihr Auge immer feucht werden. Da sie ein-

mal die Endsohnerin von dem Tode ihrer Mutter berichtete, fiel sie der Bäuerin um den Hals und bat:

„Sei da mein zweite Mutter!“

Und die Bäuerin, der selber die Augen naß geworden, entgegnete:

„Wohl, ich bin dein zweite Mutter!“

Wom ersten Anblicke an war der Endsohnerin die Schön- heit Hansi nicht entgangen, und schon sie beinahe mehr hoch darauf zu sein als diese selbst, deren Schönheit dadurch nur verhärtet wurde. Beizeiten bewunderte die Bäuerin die geschmeidigen Glieder, die so Barmherzigkeit soher zu seinen Glieder, die ruhigen, aben Bewegungen der Dime, ihre großen, firenden, dunklen Augen und ihr schwarzes, ge- welltes, schwarzes Haar.

Eines Sonntag, als sich Hansi zur Bekleidung kleidete, ging die Bäuerin zu ihr in die Kammer und half ihr beim Wasche. Da sie wieder aus der Kammer trat, verweilte die Mutter eines Augenblicke an der Schwelle, warf noch einen bewundernden Blick über die sonntäglich gekleidete Dime und sagte leise vor sich hin:

„Sanfter ist sie, sanfter — selber bin ich jaft verurteilt in sie!“

Loth war mit Hansi wieder zufrieden. Es verplumpte ihn, es sagte an seinem Gluck, daß sie außerst zurück- gehalten gegen ihn war und ihm keine wärmere Vaterlich- keit verstatte. Das Können wollte sie nicht leiden, und kann daß er bei ihm um ihre Hilfe legen darste. Wohl wehrte sie ihm nicht mit kalten, schneidigen Worten, aber mit schmerzlichen, zehnwiese auch ein wenig stolzen Blicken.

Warum sollte er sie nicht küssen? Ihr Weigern that ihm wehe, liebte er sie doch so wahr und tief, so innig und heiß. Sein sprödes Herz, das plötzlich eine tiefe, heiße, un- vergängliche Leidenschaft geboren hatte, entbehrte schmerzlich die Zärtlichkeiten, die wie bunte, duftende Blüten den Kranz der Liebe zieren. — Ein solch sprödes Herz, das nicht in kleinen Liebeleien sein Fühlen verzeitelte, dessen Fühlen mit einem Male unermeßlich groß und mächtig aufstanden, das dürstet nach Zärtlichkeit, das möchte sich befreien im Küssen, sich hingeben in Küssen, wenn es sein müßte — sterben in einem Kusse.

Die giftige Raupe Zweifel umrankte sein leidenschaft- liches Fühlen und ließ auf ihrem Wege ägende Spuren zu- rück. „Sie liebt dich nicht, wie du sie. — Sie hat keine rechte Liebe in sich. — Was scheut sie denn, was doch unter Liebsteuten nicht schlecht ist? — Mein' ich's nicht ehrlich und tren mit ihr?“ — Solche Gedanken zogen durch sein Inneres und zehrten an seinem Glücke.

Indes ernstlich gram mochte er ihr doch nicht sein, wie man der, die man wirklich liebt, stets alles verzeiht, ihr nie ernstlich und nachhaltig zürnen kann. Er fühlte ja ihre Liebe — wie ein Herz wahre Gegenliebe immer erräth, mag sie auch noch so mit Zeichen zeigen — er empfand ja, daß sie ihn wahrhaft liebe, daß sie in ihm nicht bloß den ge- achteten, wohlhabenden Bauerssohn liebte, nein, bloß den Menschen schlechtweg, daß sie ihn liebte, einfach — weil sie ihn liebte.

(Fortsetzung folgt.)